

XV. Legislaturperiode

XV legislatura

WORTPROTOKOLL
DER SECHSZEHNTE SITZUNG
DES KONVENTS DER 33

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDICESIMA RIUNIONE
DELLA CONVENZIONE DEI 33

vom 27.01.2017

del 27/01/2017

Präsident

Dr. Christian Tschurtschenthaler

Presidente

Ore 18.10 Uhr

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Wünsche einen schönen guten Abend. Ich bitte alle Platz zu nehmen. Für die heutige Sitzung entschuldigt sind Margareth Lun, Florian von Ach, Olfa Sassi und Maurizio Vezzali.

Letzte Woche am Dienstag habe ich dem Landtag einen Bericht über die Arbeit unseres Konvents der 33 erstattet. Am Montag dieser Woche haben wir uns als Präsidium mit dem Präsidium der "Consulta" aus Trient getroffen, und zwar mit Herrn Prof. Falcon und Prof. Wölk. Wir haben von unserer Seite aufgezeigt, wie wir unsere Arbeit im Konvent machen, welche Themen wir behandeln, wir haben also die Makrothemen aufgezeigt. Wir haben berichtet, dass wir im November in Arbeitsgruppen gegangen sind und jetzt im Plenum über die Erweiterung der Kompetenzen sprechen und dass wir noch elf Sitzungen haben. Der Unterschied zwischen der "Consulta" aus Trient und dem Konvent der 33 ist, dass wir am Anfang unserer Arbeit die verschiedenen Open Space Veranstaltungen hatten und dass in Trient die Einbindung der Bevölkerung im Grunde genommen erst jetzt stattfindet.

Ein wichtiges Thema – Kollegin Edith Ploner wird kurz darüber berichten – ist das Thema Ladinischer gewesen. Das war und wird auch künftig hin ein Thema sein, das Edith Ploner mit Prof. Wölk vertiefen wird. Ich bitte Edith, dass sie kurz dazu etwas sagt. Prof. Falcon hat die Absicherung der Finanzierung unserer beiden Provinzen aufgezeigt. Das war Thema.

Des Weiteren wurde vereinbart, dass wir höchstwahrscheinlich im April bzw. Mai einen Gegenbesuch in Trient machen werden. Dieses Mal ist nicht über Inhalt, Austausch oder über die verschiedenen Sichtweisen zu verschiedenen Themen gesprochen worden, sondern ausschließlich und allein wie wir arbeiten und wie sie arbeiten und mit welchen Themen sie sich in der Zwischenzeit beschäftigt haben.

Ich bitte jetzt Edith Ploner kurz über das Thema Ladinischer und über das, was mit Prof. Wölk besprochen worden ist, zu sprechen. Mir erschien das ein ganz wichtiges Thema. Es geht ja um Minderheitenschutz, um den Schutz der Sprache.

Edith Ploner, bitte.

PLONER Edith: Bùna séara???, guten Abend, buona sera. Wie eben Präsident Tschurtschenthaler gesagt hat, das Treffen war für mich sehr wichtig. Ich konnte selbst bei der Sitzung nicht dabei sein, als man

das Thema Minderheiten angeschnitten hat. Ich werde sehr wohl schauen, dass ich dieses Thema auch in den Konvent der 33 einbringen werde.

Trient hat natürlich eine ladinische Minderheit im Fassatal und dazu noch germanophone Sprachminderheiten. Dieses Thema ist jetzt wichtig, dass wir versuchen, diese kleinen – ich nenne sie kleine – Minderheiten, diese Verbindungsachse zu Trient herstellen zu können, um hier gemeinsame kulturelle vor allem Entwicklungsmöglichkeiten voraussehen zu können im Rahmen der Überarbeitung der beiden Autonomiestatute oder der Autonomiestatute und zudem auch, dass wir ein Auge auf die anderen ladinischen Gemeinden, der suramonte?, wie wir sie nennen, werfen, die bekanntlich nicht in unsere Landesgrenzen fallen, also auch da möchten wir gemeinsam sehen, wie wir dieses Thema im Zuge der Überarbeitung des Autonomiestatuts anschneiden können bzw. welche Vorschläge wir hier einbringen können.

Wir haben die Erlaubnis bekommen, hier auch autonom an dem Thema zu arbeiten und auch Vorschläge einzubringen. Sagen möchte ich auch, dass wir als Forum der 100 die Arbeitsgruppen haben und ich selbst in der Arbeitsgruppe Zwei- und Mehrsprachigkeit, Proporz und Ladinien bin. Auch da hat sich eine ladinische kleine Untergruppe gebildet. Beim nächsten Treffen werden wir ebenfalls unsere ausgearbeiteten Vorschläge einbringen können. Ich bin gefragt worden, was ich von diesen Verfassungsgesetzen halte. Es ist eine Durchführungsbestimmung und ein Verfassungsgesetz. Ich bin natürlich sehr froh, dass diese Themen angegangen worden sind und dass der Abgeordnete Alfreider auf einem guten Weg ist, diese Schutzbestimmungen auch für die Ladinier bzw. diese nicht gerade Gleichberechtigung zumindest zum Teil aufzuheben. Ich hoffe, dass dieses Gesetz noch rechtzeitig unter Dach und Fach gebracht werden kann. Danke!

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Ich danke Edith Ploner. Das ist kurz als Bericht für unser Zusammentreffen mit dem Präsidium der "Consulta". Wir sind das letzte Mal bis zum Punkt 28 gekommen.

Luis Durnwalder, bitte.

DURNWALDER Luis: Ich möchte nur eines sagen. Frau Ploner, wir müssen vorsichtig sein, denn wenn wir über die Ladinier von Belluno reden, erstens einmal welche Gebiete ... In diesem Zusammenhang reden wir von der Abänderung des Autonomiestatuts. Das Autonomiestatut gilt nur für Bozen und Trient. Wenn wir es hier verwässern oder nach außen, dann müssen wir insgesamt das Autonomiestatut abändern,

denn dieses Autonomiestatut, das vom Pariser Vertrag her stammt, gilt nur für das Territorium Trient und Belluno. Deswegen müssen wir vorsichtig sein, dass wir hier nicht irgendetwas schaffen, wo wir alle darunter leiden. Das, was der Abgeordnete Alfreider bringt, geht schon in Ordnung. Zusammenarbeit, und ich bin immer für jede Form der Zusammenarbeit, vor allem auch Schutz der Minderheiten, ladinische und germanophone, nur wissen wir selber, dass das Trient jetzt automatisch erfinden will, damit sie sich unterscheiden können von Verona und anderen Gebieten. Ich sage nur: Wir sollten vorsichtig sein und uns genau überlegen, wenn wir jetzt das Autonomiestatut Richtung Belluno öffnen, denn dann haben wir keinen Aufhänger mehr. Wir können später immer noch darauf zurückkommen.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Danke für diesen wichtigen Hinweis.

Wir sind bis Punkt 28 gekommen. Bevor wir weiterarbeiten, möchte ich eines in Erinnerung rufen. Bis zum 30. Juni haben wir noch elf Sitzungen. Auch wenn elf Sitzungen eine große Anzahl ist, müssen wir schauen, in diesen elf Sitzungen das Programm, das wir noch vor haben, auch unterzubringen. Dementsprechend gilt es auch zu überlegen, wie wir es schaffen, ... Dieses Thema ist auch bei der Landtagssitzung aufgeworfen worden. Wir werden heute auf jeden Fall das Thema "Kompetenzen" abschließen. Dann bitten wir unsere zwei Juristinnen und unseren Juristen ein Papier auszuarbeiten, zusammenzufassen. Wir haben bewusst das Thema "Europa" schon auf die Tagesordnung gegeben. Sollten wir heute mit dem Thema "Kompetenzen" früher fertig werden, dann können wir damit schon einmal anfangen. Hier möchte ich einfach – Luis Durnwalder schmunzelt ein bisschen - ...

DURNWALDER Luis: *(unterbricht)*

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Wenn wir nicht Optimismus hätten, dann, denke ich, ... Gut! Dies einfach als Hinweis, dass es uns klar sein muss, dass wir hier den doch relativ engen Rahmen, den wir noch vor uns haben, dass wir die Themen auch unterbringen. Wir haben gerade vorhin darüber gesprochen, dass wir Anfang Mai das Enddokument des Forums der 100 bekommen. Wie gehen wir mit diesem Enddokument um? Auch hier gilt es zu überlegen: Was tun wir damit? Wie lassen wir das noch in den letzten zwei Monaten in unsere Arbeit einfließen? Wie wird es dann entsprechend evidenziert bei dem Dokument, das dann dem Landtag übergeben wird? Soll das Dokument des Forums der 100 als eigenes Dokument dem Landtag übergeben werden? Was lassen wir einfließen? Ich denke, hier sollten wir zur rechten Zeit auch darüber reden, wie wir damit entsprechend umgehen und weitergehen wollen.

Dann kommen wir zu **Punkt 29**: Ortspolizei in Stadt und Land. In Arbeitsgruppe 1 und Arbeitsgruppe 2 gab es keinen Konsens. Alle Zuständigkeiten für öffentliche Ordnung auf Landes- und Ortsebene, da heißt es: Arbeitsgruppe 1 und Arbeitsgruppe 2 ohne Konsens Landespolizei.

Wer möchte dazu das Wort ergreifen?

Ewald Rottensteiner, bitte.

ROTTENSTEINER Ewald: Mir scheint dies ein sehr wichtiges Thema zu sein, weil erfahrungsgemäß überall dort, wo der Proporz Anwendung findet, auch die Zweisprachigkeit durchsetzbar ist. Ich glaube, das ist ein Anlass, um zu sehen, dass man in diesem Sicherheitsbereich auch die Zweisprachigkeit richtig durchsetzen könnte. Daher bin ich schon verwundert, dass wir hier zu keinem Konsens kommen.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Ich danke Ewald Rottensteiner.

Luis Durnwalder, bitte.

DURNWALDER Luis: Über dieses Thema haben wir ja sehr oft schon geredet, vor allem in der Einführung und in der allgemeinen Diskussion. Ich glaube, wir haben mehrheitlich ... Ich verstehe, dass einige sagen, ich will nicht, dass weitere Staatskompetenzen, vor allem was die öffentliche Ordnung anbelangt, ans Land übergehen, aber wir als Vertreter des Landes und Inhaber der Verwaltung dieser Autonomie müssen doch darauf bestehen, dass die öffentliche Ordnung und das betreffende Personal ... Wenn wir generell sagen, die Zuständigkeit für öffentliche Ordnung auf Landes- und Ortsebene, dann kann man höchstens noch dazusagen, dass festgelegt werden sollte, was beim Staat verbleibt. Kriminalität und Drogenfahndung usw. wird beim Staat bleiben müssen. Das kann man nicht in jeder einzelnen Region haben. Die Carabinieri auf Ortsebene haben wir immer verlangt. Dann werden wir jetzt wohl nicht zurückgehen.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Wolfgang Niederhofer, bitte.

NIEDERHOFER Wolfgang: Es ist ein bisschen untergegangen, dass in der Arbeitsgruppe 3 zu diesem Thema "öffentliche Ordnung und Sicherheit, Landespolizei" schon ein Konsens war. Ich entnehme das aus diesem Dokument. Ich möchte mich auch hier anschließen. Letztlich wurde häufig von innerer Selbstbestimmung gesprochen, also ohne Zuständigkeiten in diesem wichtigen Bereich sollten wir diesen

Terminus, glaube ich, wohl in Zukunft nicht mehr in den Mund nehmen. Da können wir nicht von innerer Selbstbestimmung sprechen, wenn wir nicht im Bereich innere Sicherheit, also wenn wir nicht eine wirkliche Landespolizei bekommen.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Roberto Toniatti, bitte.

TONIATTI Roberto: Credo anch'io che la dimensione della polizia locale sia indispensabile per una concezione forte dell'autonomia. Dobbiamo però tener presente che qui stiamo parlando di "competenze esclusive", allora bisogna avere ben chiara la distinzione che vi può essere fra "competenza esclusiva in materia di polizia locale" e competenza in materia di ordine pubblico" e bene ha detto il presidente Durnwalder che su certe questioni non può non esserci una competenza condivisa. Da questo punto di vista credo che noi dovremmo, in una motivazione in qualche documento annesso, essere ben sicuri del contenuto di queste formule, da un lato polizia locale, dall'altro ordine pubblico, perché solamente sulla base di questa chiarezza può maturare un consenso, altrimenti corriamo il rischio di mettere tutto nelle competenze esclusive e in un momento nel quale si sviluppano bene o male competenze dell'Unione Europea sarebbe impensabile non dare alla competenza della Provincia autonoma una dimensione di polizia locale. Questa è la situazione della Catalonia, del paese basco, per cui non sarebbe neanche l'unico caso in Europa in cui esiste una competenza subnazionale in materia di polizia locale.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Laura Polonioli, bitte.

POLONIOLI Laura: Io mi allaccio al discorso che faceva il prof. Toniatti per porre una questione preliminare. Ho dei problemi nella lettura di questo catalogo di competenze, perché non riesco a comprendere che cosa possa significare "competenza legislativa esclusiva", perché, come diceva Lei, stiamo parlando di competenze legislative esclusive. Nel momento in cui abbiamo il consenso di tutti, ritenuto che le competenze primarie, secondarie e terziarie diventino competenze legislative esclusive, su questo c'è il consenso, poi mi trovo un attimo imbarazzata a leggere questo catalogo di competenze, perché non mi è chiaro che cosa significhi, perché ritengo che in certe materie, che sono anche state elencate perché poi avendolo preparato l'ho scorso, ad esempio se si parla di tutela della concorrenza ed è una materia che viene elencata, anch'io per quanto riguarda l'ordine pubblico dico che ci sono delle competenze legislative che devono rimanere allo Stato. È lo Stato cioè che legifera sull'abuso di posizione dominante,

sulle concentrazioni e quant'altro, semmai noi potremmo pensare e proporre una clausola generale con la quale diciamo che la tutela della concorrenza non può condizionare e limitare la potestà legislativa provinciale per fini generali di tutela della competenza. Così anche in altre materie che vedo elencate come ad esempio nel diritto degli appalti. Penso sia più intelligente se noi poniamo invece una proposta di definizione di questo catalogo dove per alcune materie è ineliminabile che si debba definire la competenza legislativa dello Stato per quanto riguarda gli strumenti minimi di tutela, gli elementi di uniformità e la competenza legislativa provinciale. Io vorrei avere un quadro d'insieme. Il mio consenso non è un consenso consapevole se non capisco e non intendo la materia. Anticipo il discorso sull'istruzione universitaria, perché avevo espresso in questo il dissenso nel mio gruppo di lavoro. Anche qui mi diventa difficile pensare, in una materia dover in realtà si tratta la legislazione in materia universitaria è principalmente attuativa di linee guida europea. Quindi a me diventa difficile pensare che in questa materia si possa parlare di competenza legislativa esclusiva nostra. Voglio capire cosa esce da questo quadro, quindi avere prima un quadro di insieme e poi posso esprimere un consenso consapevole.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Riccardo Dello Sbarba, bitte.

DELLO SBARBA Riccardo: Anch'io ho un problema di definizione dei termini, perché mi sembra che o noi facciamo un ragionamento politico generale o facciamo un ragionamento più tecnico. Questo schema è molto tecnico quindi sul tecnico bisogna stare un po' attenti, come starei attento anche ai termini. Tanto per essere chiaro, io parlo di "innere Selbstbestimmung" e per me è l'autonomia, la "Selbstbestimmung" esterna è la secessione, ma già il percorso dell'autonomia per come è stato per sé, è stata la innere Selbstbestimmung, perché non ci ha obbligato nessuno. Chiusa parentesi. La questione polizia locale, ho l'impressione, sentendo gli interventi, che ci siano diverse interpretazioni di questa cosa, perché se voi andate sul lago di Garda dalla parte lombarda, la multa ve la fa la polizia locale, così come a Treviso. Ma che cosa è la polizia locale lì? È quella che noi in Sudtirolo chiamiamo polizia municipale. Qui c'è la Polizia di Stato, cioè quella delle pantere blu e bianche, ci sono i Carabinieri e la Guardia di finanza. Non capisco se qualcuno pensa di poter provincializzare la Polizia di Stato, i Carabinieri e la Guardia di finanza. Mi tranquillizza il fatto che il Codice penale lo lasciamo in capo allo Stato, e anche il Codice civile, voglio capire se i Carabinieri li lasciamo allo Stato, la Polizia di Stato la lasciamo allo Stato, la Guardia di Finanza la lasciamo allo Stato, i Codici penale e civile e di procedura penale e civile li lasciamo allo Stato, che cosa

significa l'assunzione di competenza primaria in materia di ordine pubblico. Questa è la domanda, perché se non si specifica, è un parolone che poi vuol dire poco.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Renate von Guggenberg, bitte.

VON GUGGENBERG Renate: Ich wollte nur auf das hinweisen, was Kollegin Polonioli angesprochen hat. In den Arbeitsgruppen selber wurde ja auch ein Vorgespann gemacht, wo verschiedene allgemeine Regeln, innerhalb welcher Grenzen diese Zuständigkeiten auszuüben sind. Diese fehlen natürlich in diesem Dokument. Dadurch ist es natürlich sehr schwierig zu lesen.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Andreas Widmann, bitte.

WIDMANN Andreas: Dürfte ich vielleicht den Prof. Toniatti darum bitten, dass er das Beispiel Katalonien und Baskenland - in Deutschland gibt es Innenminister in den Bundesländern – kurz spezifiziert, damit man darüber vielleicht eine Einigung erzielen kann?

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Roberto Toniatti, prego.

TONIATTI Roberto: Bisogna dire innanzitutto che questi sono rapporti ispirati a un rapporto di collaborazione e questo mi sembra indispensabile dirlo, per un motivo molto semplice che è difficile tecnicamente distinguere fra ordine pubblico locale e ordine pubblico locale/nazionale. Certamente su certe questioni, come si diceva prima, le multe locali le danno la polizia locale però pensiamo ai regolamenti di polizia veterinaria, pensiamo alla collaborazione nel controllo delle manifestazioni pubbliche in occasione di scioperi, dimostrazioni ecc. non può non esserci una collaborazione. È ovvio che a seconda del tipo di comportamenti e illeciti che si pongono in essere, le persone che vengono arrestate dovranno essere arrestate dai Carabinieri, perché non vi sarà una competenza anche in materia penitenziaria, se non dal punto di vista dell'edilizia, dal punto di vista dell'amministrazione del personale giudiziario.

Credo che la cosa più interessante e anche più creativa possa essere questa di cercare di capire che cosa vogliamo mettere nell'ordine pubblico locale, che cosa vogliamo riconoscere nell'ordine pubblico nazionale che, non dimentichiamoci, è anche un ordine pubblico europeo e internazionale sicché sarebbe veramente assurdo cercare di penetrare anche su questa sfera. Dovremo fare uno sforzo di maggiore

concretezza, però sapendo che l'esperienza alle quali ho fatto riferimento, che certamente hanno delle frizioni, ma lo vediamo anche nei telefilm americani quando intervengono i federali, c'è sempre la discussione sul fatto se questa è una competenza federale o di Manhattan ecc. Questo fa parte del fisiologico, l'importante è avere delle idee chiare per esempio su quello che in italiano si dice "il minimo sindacale", cioè che cos'è che l'autonomia ritiene indispensabile avere che non può non avere per avere un senso compiuto. Qui purtroppo bisogna entrare nei dettagli.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Stefan Gufler, bitte.

GUFLER Stefan: Ich höre da ein bisschen heraus, dass es schon einen gewissen Konsens möglicherweise geben würde, einige Kompetenzen auch auf Landesebene auszuüben. Die Frage, die ich mir jetzt stelle, ist folgende: Müssen wir uns jetzt im Detail damit auseinandersetzen? Welche Bereiche sind das genau oder delegieren wir das an diejenigen, die wir damit beauftragen, so viele Kompetenzen wie möglich ans Land zu holen? Dann könnte man das so generell formulieren und es im spezifisch definierten Bereich oder wie auch immer formulieren, damit man dann diesen Punkt vielleicht abschließen kann.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Luis Durnwalder, bitte.

DURNWALDER Luis: Es ist ja so, dass wir auch im Autonomiestatut im Generellen einzelne Punkte angeführt haben. Zu all diesen einzelnen Punkten muss eine Durchführungsbestimmung gemacht werden. In dieser Durchführungsbestimmung wird festgelegt, wie was in welcher Form, personaltechnische Details usw., an das Land übergehen soll. Somit würde ich auch hier sagen: Grundsätzlich verlangen wir, dass wir in diesem Bereich zuständig sind, aber ich würde sogar einverstanden sein, wenn hineinkommen würde "alle Zuständigkeiten für öffentliche Ordnung auf Landes- und Ortsebene und Festlegung der beim Staat verbleibenden Koordinierungsaufgaben".

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, dann gehen wir weiter.

Heinold Rottensteiner, bitte.

ROTTENSTEINER Heinold: Wir sollten unbedingt den Begriff "Landespolizei" unterbringen und das in Analogie mit Bayern machen. Diese haben auch eine eigene Landespolizei, die dem Landeshauptmann untersteht und die natürlich die Staats- und Finanzpolizei ersetzt. Das heißt, das ist nicht eine ... Ersetzen - sostituire.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Roberto Toniatti, bitte.

TONIATTI Roberto: Un'altra possibile formulazione potrebbe essere "fare riferimento alle competenze esclusive della Provincia autonoma in materia di polizia locale" e introdurre una riserva di norma di attuazione, sulla quale vorrei, dire qualcosa, in cui si precisa che le modalità di coordinamento fra la polizia locale e l'ordine pubblico saranno disciplinate da una norma di attuazione. Penso che non possiamo mettere nello Statuto una competenza esclusiva in tema di ordine pubblico tout court. Senz'altro possiamo mettere il tema di polizia locale sapendo che per quanto riguarda l'ordine pubblico ci sarà bisogno di una ulteriore fonte di disciplina. Mi sembra una buona mediazione.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Andreas Widmann, bitte.

WIDMANN Andreas: Ich halte diesen ...

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Luis, bitte das Mikrophon einschalten.

DURNWALDER Luis: Genau das habe ich ja gesagt, und zwar, dass man hergeht und sagt, wir möchten Orts- und Landespolizei, wobei die beim Staat verbleibenden Koordinierungsaufgaben in der Durchführungsbestimmung festgelegt werden sollten. Eine Durchführungsbestimmung braucht es ja sowieso. Man kann nicht nur sagen Polizei, diese geht jetzt über. Wir haben für alle 137 Punkte eine Durchführungsbestimmung gemacht. Somit müssen wir auch für diese eine Durchführungsbestimmung machen, aber das Prinzip ist drinnen, dass das nicht der Staat, sondern das Land jetzt macht.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Andreas Widmann, bitte.

● ● ● ● ● ● ● ●

WIDMANN Andreas: Ich wollte genau dasselbe sagen. Ich halte den Weg in der Formulierung von Roberto Toniatti für gangbar, wenn man aber "polizia locale" eben auch als Landespolizei definiert.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Ewald Rottensteiner, Wolfgang Niederhofer und dann Patrick Dejaco. Bitte versuchen wir jetzt ein bisschen zu straffen.

ROTTENSTEINER Ewald: Ich möchte im Zusammenhang mit der Landespolizei einmal darauf hinweisen, dass es bislang den Deutschsprachigen hier im Land sehr erschwert wird, einen solchen Beruf zu ergreifen. Im letzten halben Jahr war ein Verfahren am Verwaltungsgericht, wo ein Kollege verschiedene Gemeindepolizisten vertreten hat, die an einem Wettbewerb teilnehmen wollten. Sprachlich war natürlich Deutsch weniger wichtig als Französisch oder Englisch. Auch da sieht man, dass es dem Staat bislang nicht gelegen ist, dass die hiesigen Deutschsprachigen gleichwertig aufgenommen werden. Weil es nicht funktioniert, ist es sinnvoll, um eben den Proporz auch durchzusetzen, eine Reglementierung im Statut vorzusehen. Danke!

NIEDERHOFER Wolfgang: Die Übersetzung von "polizia locale" mit "Landespolizei" geht prinzipiell in Ordnung, aber wir sollten schon präzisieren, so wie es der Kollege Rottensteiner Heinold gesagt hat, dass diese Landespolizei die Aufgaben der Carabinieri, Finanzpolizei und Staatspolizei bis auf etliche zu definierende Aufgaben weitgehend übernimmt. Ersetzen klingt nach austauschen. Übernehmen, das kann auch in einer Übergangsphase das identische Personal sein. Das ist ja nicht das Problem.

DEJACO Patrick: In Deutschland gibt es die Bundespolizei und die Landespolizei. Die Bundespolizei hat die übergeordneten Aufgaben wie Grenzschutz, Verfassungsschutz usw. und die Landespolizei untersteht dem Innenminister des Bundeslandes. Ich würde den Begriff "polizia locale" unbedingt vermeiden. Das klingt wirklich nach Ortspolizei. Ich würde wirklich eine treffende Übersetzung für das Wort "Landespolizei" suchen.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Gut. Damit schließen wir diesen Punkt ab. Unsere zwei Juristinnen und unser Jurist werden uns sicher die richtige passende Formulierung dann auch vorlegen.

Punkt 30: Unterricht an Grund- und Sekundarschulen (Mittel-, Oberschulen einschließlich Personal), Schulbau und Schulfürsorge, universitärer Schulbau und Schulfürsorge einschließlich entsprechendes

Personal, wissenschaftliche und technologische Forschung. Von einigen geäußerte Vorbehalte: Unterricht an Grund- und Sekundarschulen. Kein Konsens in der Arbeitsgruppe 2: Universitäten, und auch in derselben Arbeitsgruppe: Anerkennung ausländischer Studientitel. Vorschlag Arbeitsgruppe 3: Innovationsförderung.

Esther Happacher, bitte.

HAPPACHER Esther: Ich darf aus der Arbeitsgruppe 3 ergänzen, dass wir konsensual auch Universitäten hatten. Da war bei uns auch Konsens, also der fehlt hier.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Danke! Andreas Widmann, bitte.

WIDMANN Andreas: Nur zu den Vorbehalten. Es geht hinten weiter. Der Vorbehalt besteht hinten, also unter Wahrung der Autonomie der Bildungseinrichtung. Dies nur zum Verständnis.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Danke! Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, gehen wir zum nächsten Punkt über.

Maria Hochgruber Kuenzer, bitte.

HOCHGRUBER KUENZER Maria: Ich möchte bezüglich Punkt 30 Folgendes fragen. Wir haben hier aufgeschrieben: Arbeitsgruppe 2, zweimal ohne Konsens. Wir haben gehört, Universität hat Konsens. Die Anerkennung der Studientitel ... Ich weiß nicht, wieso wir ohne Konsens waren. Alles andere wird, so wie ich es verstehe, für gut geheißen.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Riccardo Dello Sbarba, bitte.

DELLO SBARBA Riccardo: Io posso essere d'accordo con questa formulazione solo se entra anche il termine: "salva l'autonomia delle istituzioni scolastiche" perché questo è entrato anche nella Costituzione italiana e c'è un tema delle autonomie dentro l'autonomia, e quella dell'istituzione scolastica a mio parere è una cosa fondamentale, perché c'è il tema della personalità giuridica, delle scuole ecc.

Detto questo, volevo specificare una cosa, perché qui vorrei capire quando e come viene registrato il consenso o il dissenso, perché questo è un punto abbastanza importante. È chiaro che qui ci sono 53 punti principali e poi i sottopunti, non è che su ogni punto io voglio dire se sono d'accordo o no, lascio lavorare,

però questo lasciar lavorare non è da intendere come consenso. A un certo punto proporrei questa metodologia, che noi lavoriamo su tutti i punti, poi ci sarà un documento finale, che tra l'altro potrebbe essere molto più accettabile di quanto non mi sembra. Per esempio la parte sull'Europa l'ho percepita positivamente, perché poi filtrata e filtrata viene fuori una cosa ragionevole. Quindi ci sarà un documento finale e io credo che su quel documento finale ognuno di noi dovrà dire se è d'accordo o meno, invece di dire: sono d'accordo sul 31, non sono d'accordo sul 32, sul 34 ecc. Facciamo un documento finale, su questo registriamo il consenso o il dissenso e chi è in dissenso ha il diritto di presentare una relazione di minoranza. Così si fa nelle commissioni legislative, ma questo lo volevo dire perché non venga interpretato come siamo tutti d'accordo il fatto che io sto zitto. Lascio lavorare e faccio andare avanti.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Deswegen haben wir auch gesagt, dass wir die Juristinnen und Juristen, ich sage einmal, bitten, dass sie hier ein Dokument erstellen. Es ist schon auch bei anderen Sitzungen aufgeworfen worden, dass es dann ein Enddokument geben wird. Zu diesem Enddokument wird es dann eine Mehrheitsmeinung geben und entsprechend wird es für jene Punkte, wo andere im Gedanken nicht der Mehrheit folgen können, einen Minderheitenbericht geben. So steht es auch drinnen. Das ist oft genug aufgezeigt worden.

Ewald Rottensteiner, bitte.

ROTTENSTEINER Heinold: Das Sätzchen "unter Wahrung der Autonomie der Bildungseinrichtungen" kann natürlich nicht so ausgelegt werden, dass dann Änderungen am muttersprachlichen Unterricht vorgenommen werden können. Der kann irgendwelche organisatorische Gruppenarbeit oder Fenstertage, aber nicht Wesentliches sein.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Claudio Corrarati, bitte.

CORRARATI Claudio: Volevo dare il mio consenso all'intervento di Dello Sbarba perché anch'io concordo che punti come il precedente, che erano un po' imbarazzanti e che avrebbero determinato un dissenso esagerato da parte mia non vengono ribattuti, ma nel rispetto di quello che è il dialogo normale su un tavolo di questo genere. Credo anch'io sia necessario, su delle tematiche finali andare a fare questo ragionamento, altrimenti diventa un po' difficile.

● ● ● ● ● ● ● ●

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Wir haben genau das, was Claudio Corrarati aufzeigt, ... Wir haben beim letzten Mal gemerkt, dass wir bei einigen Punkten so lange stehengeblieben sind, wo wir gesagt haben, wenn wir so in die Tiefe gehen, dann schaffen wir es nicht weiterzukommen. Dementsprechend war ja dann die Bereitschaft von den Juristinnen und Juristen, ein Papier zu erarbeiten.

Roberto Toniatti, bitte.

TONIATTI Roberto: Solo per specificare che il compito dei giuristi credo si debba esprimere sia nella formulazione di disposizioni, sia anche nella presentazione di motivazioni o spiegazioni o definizioni dei contenuti, e credo che poi è su quello che si potrà aggregare il consenso o eventualmente registrare il dissenso. Da questo punto di vista vorrei aggiungere, per quanto riguarda ancora una volta la competenza esclusiva al riconoscimento dei titoli stranieri, che questa non può essere una competenza burocratica, questa è una competenza di tipo tecnico-culturale, cioè bisogna avere le competenze per riconoscere un titolo straniero. Allora bisognerà come minimo che il Governo della Provincia autonoma si doti di un consiglio superiore dell'istruzione, per poter avere uno strumento consultivo che possa dire se il titolo è riconoscibile o no. Questo ve lo dico, perché per esempio una università, e faccio riferimento alla mia esperienza come membro del senato accademico dell'università di Trento, non può riconoscere titoli stranieri su materie sulle quali non ha una propria facoltà, non ha delle competenze. Per esempio non vedo come la Provincia autonoma di Bolzano possa riconoscere un titolo straniero per un dentista per esempio.

DURNWALDER Luis: Anche adesso lo possiamo fare solo nell'ambito dei titoli riconosciuti in base a un contratto internazionale in base a un accordo, però tutta la parte del riconoscimento, anche se non abbiamo nessuna facoltà ... possiamo riconoscere il titolo di studio.

TONIATTI Roberto: Però c'è un titolo che lo consente, allora secondo me nello Statuto o almeno in una fonte supplementare bisognerà specificare questo, che non ci si inventano le competenze, che non saltano fuori dalla sera alla mattina come un fungo.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Riccardo Dello Sbarba, bitte.

DELLO SBARBA Riccardo: Per quanto riguarda il discorso dell'autonomia delle istituzioni scolastiche, faccio presente che noi abbiamo già la legge sull'autonomia delle scuole, la n. 12/2000. Chi ha

dubbi su cosa è l'autonomia scolastica se la può andare a vedere, sono 22 articoli e non credo che mettano in discussione i principi statutari.

DURNWALDER Luis: *(interrompe)*

DELLO SBARBA Riccardo: Ma come! hai governato 30 anni questa terra, nel 2000 è stata fatta la legge sull'autonomia scolastica. Ogni istituzione scolastica ha la personalità giuridica.

DURNWALDER Luis: Ich denke, dass darunter zum Beispiel die Privatschulen oder so etwas fallen, weil dass die Bildungseinrichtungen die Schulen ... Da haben wir ja gesagt, dass die Schulen bereits ein Gesetz haben. Però qui si vogliono riferire a scuole private. Io non so. Öffentliche Schulen sind etwas ganz anderes. Wir haben alles schon geklärt und da haben wir schon Gesetze jede Menge.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Laura Polonioli, bitte.

POLONIOLI Laura: Voglio ricordare, forse Christoph Perathoner ci può spiegare, perché nella proposta che esce dal gruppo dei saggi c'è uguale, identica formulazione, "salva l'autonomia scolastica". Peraltro è presente anche nella Costituzione, come ricordava Riccardo Dello Sbarba.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Christoph Perathoner, bitte.

PERATHONER Christoph: Devo dire che non capisco il problema. La dicitura che avevamo scelto penso si comprenda. Qual è il problema?

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Edith Ploner, bitte.

PLONER Edith: Io penso che si intenda soprattutto il personale, perché è chiaro che deve essere garantita la validità dei titoli di studio. La legge del 2000 sull'autonomia ce l'abbiamo da 17 anni, non è che la andiamo a riformare. Io penso che si tratti del personale delle scuole primarie e secondarie di primo e secondo grado.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Lassen wir diese Arbeit den ...

Renate von Guggenberg, bitte.

VON GUGGENBERG Renate: Artikel 117 Absatz 3 von der Verfassung wortwörtlich übernommen.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Danke!

Wir kommen zu **Punkt 31:** Handel einschließlich Handelsurbanistik und Außenhandel. Vorschlag Arbeitsgruppe 2: Regelung der Öffnungszeiten entsprechend mitzunehmen. Gibt es Wortmeldungen? Luis Durnwalder, bitte.

DURNWALDER Luis: Da sind ein bisschen Kraut und Rüben beinander. Wenn wir sagen: Handel einschließlich Handelsurbanistik, dann geht das in Ordnung, und Außenhandel. Beim Außenhandel muss ich schauen, dass wir die Werbemöglichkeit haben, die ... Wie heißt dieses staatliche Institut, wo wir immer die Probleme gehabt haben? Istituto Commercio estero! Dieses müssen wir auch haben, denn wenn ich heute ins Ausland gehe, dann muss ich immer unter den Stand Italien hineingehen und muss mich immer einordnen von dem, was die ICE (Istituto Commercio Estero) macht. Diese Zuständigkeit müsste übergehen, denn sonst darf ich draußen ja nicht für meine Produkte Werbung machen. Wir haben eine andere Sensibilität im deutschen Markt wie es Sizilien hat, und deswegen muss man die Zuständigkeit haben. Wenn ich sage "und Außenhandel", wenn das auch gemeint ist, dann geht es schon gut. Aber ich würde es extra anführen, nämlich ICE.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Punkt 32: Öffentliche Vorführungen soweit es die Sicherheit betrifft. Arbeitsgruppe 2 ohne Konsens, Regelung geistiges Eigentum zwecks Abschaffung SIAE.

Patrick Dejaco, bitte.

DEJACO Patrick: Ich möchte nur sagen, dass ich den Begriff "Öffentliche Vorführungen" einfach nicht passend finde. Ich würde hier mehr von Rechteverwaltung sprechen.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Andreas Widmann, bitte.

● ● ● ● ● ● ● ●

WIDMANN Andreas: Zur Erläuterung. Die Formulierungen, die links, also als Konsens, aber nicht in fett stehen, sind einfach die Formulierungen, wie wir sie im Statut vorfinden.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Punkt 33: Öffentliche Betriebe, siehe dazu auch Punkt 29.

Punkt 34: Förderung der Industrieproduktion.

Punkt 35: Nutzung der öffentlichen Gewässer einschließlich der Großableitungen zur Erzeugung elektrischer Energie sowie Regelung der Konzessionen.

Luis Durnwalder, bitte.

DURNWALDER Luis: Wenn wir nur sagen "zur Erzeugung elektrischer Energie sowie Regelung der Konzessionen", dann muss ich auch hineingeben, dass nicht nur die Produktion, sondern auch die Verteilung und der Transport drinnen sind, wenn ich schon von Konzessionen rede.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Das ist richtig.

WIDMANN Andreas: Luis, das steht ausdrücklich unter Punkt 39.

DURNWALDER Luis: Dann tue ich es eben dazu. Dann muss man es zusammenfassen, aber ich kann nicht einmal sagen die Konzessionen und danach wieder separat ... Erzeugen ist eines, aber ich muss dann auch verteilen und transportieren. Deswegen würde ich es oben hineintun und den anderen Punkt streichen.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Punkt 36: Gesundheitswesen und Hygiene einschließlich Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsfürsorge und Krankenhäuser.

Luis Durnwalder, bitte.

DURNWALDER Luis: Da gehören auf jeden Fall, wenn es nicht irgendwo anders ist, die Kontrollen hinein, weil das wichtig ist. Wenn wir von der Hygiene reden, dann braucht es auch die Kontrollen. Heute haben wir drei Typen von Kontrollen. Wir haben Land, die ganze Polizei, Forst und alle machen Kontrollen, auch die NOE und die NAS. Ich kann ein Beispiel bringen, wo in einem Hotel zu Mittag alle drei zusammen

gekommen sind, alle mit dem Auto, alle mit einem Haufen Begleiter und alle kontrollieren den Kühlschrank. Diesen sollte wohl in den Hintern getreten werden. Die Kontrollen müssen ans Land übergehen in dem Bereich, wo wir die Zuständigkeit haben. Die Tierärzte, der Grenztierarzt, der tierärztliche Dienst und auch die CITES Bescheinigungen, die zwar später auch noch einmal kommen, gehören hier hinein.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Esther Happacher, bitte.

HAPPACHER Esther: Wir haben in der Arbeitsgruppe 3 Konsens gehabt, dass man die Formulierung "Gesundheitsschutz" "tutela della salute" verwendet, und zwar aus dem ganz einfachen Grund, weil es die Judikatur des Verfassungsgerichtshof gibt, die sagt, dass die Kompetenz im Artikel 117 Absatz 3 "tutela della salute" wesentlich umfassender ist als jene im Autonomiestatut "Hygiene und Gesundheitswesen".

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Punkt 37: Sport und Freizeitgestaltung ...

DURNWALDER Luis: ... Kontrollen ???

HAPPACHER Esther: *(unterbricht)*

DURNWALDER Luis: Nein, aber der Gesundheitsschutz hat mit der Kontrolle nichts zu tun.

HAPPACHER Esther: *(unterbricht)*

DURNWALDER Luis: Kontrollen, tierärztlicher Dienst, auch Grenztierärzte und CITES Bescheinigungen. Das gehört alles hier hinein.

WIDMANN Andreas: *(unterbricht)*

DURNWALDER Luis: Schon, aber wir können es nicht unter dreimal hineintun.

WIDMANN Andreas: *(unterbricht)*

DURNWALDER Luis: Tierarzt, Gesundheit. Das hat man draußen in jedem Spital, in jeder Sanitätseinheit ist der tierärztliche Dienst bei der Gesundheit.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Punkt 37: Sport und Freizeitgestaltung mit den entsprechenden Anlagen und Einrichtungen. Arbeitsgruppe 2 kein Konsens, Landesnationalmannschaften. Vorschlag Arbeitsgruppe 1: Regelung der CONI Landesfachverbände mit Pflicht zur Zweisprachigkeit und Arbeitsgruppe 3: Sport.

Luis Durnwalder, bitte.

DURNWALDER Luis: Hier ist Folgendes. CONI haben wir mehr oder weniger schon für alle. Es sind fast alle Fachverbände. Aber was wichtig ist, ist bei der Ausbildung der Schiedsrichter die Pflicht zur Zweisprachigkeit. Die Schiedsrichter werden irgendwo ausgebildet und denen ist es vonseiten des CONI verboten, Deutsch zu sprechen. Warum sollen unsere Leute nicht auch Schiedsrichter machen dürfen?

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Ewald Rottensteiner, bitte.

ROTTENSTEINER Ewald: Ich komme zum Thema Landesmannschaft. Da steht Nationalmannschaft. Ich sehe das eher als eine Landesmannschaft und für jene Menschen, die das gerne haben möchten. Es müssen ja nicht alle. Es ist eine Frage des Bekenntnisses. Wenn ich sage, ich habe eine lokale Identität und ich sehe mich in dieser örtlichen Gegebenheit, dann ist es eine andere Identität, als wenn ich mich im Staat wiederfinde. Für jene, die das haben möchten, wäre es, glaube ich, sinnvoll, dass man die Möglichkeit einrichtet, eine Landesmannschaft zu haben. Es ist ein Punkt über die Identität und es ist ein Instrument, um die Identität der Minderheit zu bewahren. Es soll die Möglichkeit geben, eine Südtiroler Mannschaft in irgendeiner Sportart zu haben. Das muss es ja nicht, wenn es keine Teilnehmer gibt oder wenn es keinen Anklang findet. Aber die Möglichkeit zu geben, die Identität in diesem Bereich, im Auftritt nach außen, anlässlich einer Sportveranstaltung, aber auch bei anderen kulturellen Veranstaltungen zu zeigen und dass Südtiroler für das Land auftreten können, das finde ich für sehr wichtig.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Wolfgang Niederhofer, bitte.

NIEDERHOFER Wolfgang: Ich möchte hier ein Plädoyer für die Möglichkeit abgeben, dass Südtirol in allen Bereichen, wo es das möchte, mit einer Landesmannschaft an internationalen Wettbewerben teilnehmen kann. Aus zwei Gründen. Einmal ist es ein volkswirtschaftlicher Grund und zweitens wird ja häufig vom Zusammenleben in Südtirol gesprochen. Beginnen mit der Wirtschaft. Das ist eine technische Sache eher einfacher Natur. Ich glaube, wir unterschätzen den volkswirtschaftlichen Wert. Ich möchte nur in Erinnerung rufen, die Faröer Inseln, die kennt kein Mensch, es sind 50.000 Einwohner irgendwo mitten im Nordatlantik. Da ist ziemlich viel Sturm. Das Islandtief entsteht nicht in Island, sondern oberhalb der Faröer Inseln. Wenn sie mit ihrer Mannschaft gegen Frankreich spielen oder gegen Italien oder Deutschland, dann werden in den Zeitungen immer mehrere Seiten geschrieben. Wenn man das marketingmäßig abdecken möchte, dann kommt man da in die Millionen Beträge. Also vom Volkswirtschaftlichen wäre das ein enormer Wert für Südtirol. Zweite Begründung. Zusammenleben. Es wird in Südtirol häufig vom Zusammenleben – convivenza gesprochen. Ja, liebe Leute, sieht man hier nicht den Wert dieser Landesmannschaften, dass sich alle Menschen, die auf demselben Territorium leben, dann über diese Landesmannschaft auf eine gemeinsame Identität bilden können? Diese Identität muss dann nicht eine deutschsprachige Identität sein oder eine italienischsprachige bzw. ladinischsprachige Identität sein, sondern das kann eine regionale Südtiroler Identität sein. Das wäre natürlich eine Möglichkeit, denn der Sport ist für viele Leute ein Identifikationspunkt, dass man dies ganz stark fördert.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Luis Durnwalder, bitte.

DURNWALDER Luis: Ich bin sicher nicht derjenige, der als Verzichtspolitiker angesehen werden muss, aber andererseits, wenn wir ernst genommen werden wollen, dann hat das wirklich keinen Sinn. Dann könnten wir sogar Selbstbestimmung sagen, eigener Staat. Damals als die olympischen Komitees gegründet worden sind, hat man Wales und die Faröer Inseln mit hineingenommen. Das ist aber auch nur auf den Fußball beschränkt. Damals hat man das aufgrund der geschichtlichen Entwicklung angenommen. Wir dürfen schon regionale Verbände haben, das sind die Fachverbände. Mit denen können wir ohne weiteres zwischen den einzelnen Regionen, oder auch mit Nordtirol, wenn wir wollen, zusammenarbeiten. Das sind aber Abkommen zwischen den einzelnen Staaten. Wenn wir das möchten, was Rottensteiner sagt, dann müssen wir ein eigenes olympisches Komitee verlangen. Also dann müssen wir einen eigenen Staat verlangen. Wir wollen ja was durchbringen. Wir wollen ja, dass wenigstens gewisse Forderungen ernst genommen werden. Wenn wir sagen, wir wollen einen eigenen Staat haben, ist es identisch mit dem, ein

eigenes olympisches Komitee zu wollen. Das kann nicht Italien machen. Das olympische Komitee muss von allen Staaten anerkannt werden. Auch wenn Italien dies anerkennen würde, dann würden es andere Staaten nicht tun. Es wurde gesagt, dies sei wirtschaftlich ein großer Vorteil. Man würde dann erst sehen, wie viel man draufzahlen würde, denn alle, die jetzt von den Carabinieri und der Finanz gezahlt werden, würden zu unseren Lasten fallen. Wir werden nicht ernst genommen, wenn wir das verlangen.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Ich denke, es ist gut, die Latte hoch zu setzen, aber man kann gewisse Dinge auch überspannen.

Magdalena Amhof, bitte.

AMHOF Magdalena: Ich kann das nur teilen. Wir hatten diese Diskussion erst vor kurzem im Landtag. Wir haben lange über dieses Thema diskutiert. Wir haben versucht, Möglichkeiten aufzuzeigen, in welchen Bereichen man es schafft. Die Zusammenarbeit von gewissen Sportverbänden auf überregionaler Ebene haben wir schon geschafft. Es geht aber nicht, dass man einen Antrag an das internationale olympische Komitee stellen kann, um für Südtirol einen Rechtsstatus zu bekommen. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Es stimmt, wir haben Wales, Schottland, die Faröer Inseln und noch einige kleinere Regionen, die auch Teil des olympischen Komitees sind, aber das geht auf die Ursprünge und die Gründung des olympischen Komitees zurück. Es gibt heute wunderschöne Beispiele, vor allem im Jugendbereich, wo wir Jugendmannschaften, Landeskader haben, die überregional in Ligen spielen, die bei internationalen Wettkämpfen als Südtiroler Mannschaft auftreten, wo alle drei Sprachgruppen als Südtiroler Team in die Wettkämpfe gehen. Ich glaube, das ist ausreichend. Dort haben wir diese Dinge im Kleinen. Es ist nicht so umgesetzt, wie Ihr Euch das wünscht, aber dort funktioniert ein gewisser Austausch und dort funktionieren auch überregionale Meisterschaften. Es gibt diese im Handball, im Eishockey, in der Leichtathletik. Das macht große Freude, aber dass wir ein eigenes olympisches Komitee gründen, sehe ich auch als eine illusorische Geschichte. Die meisten der Südtiroler Profisportler können den Profisport nur ausüben, weil sie Teil einer Sportgruppe sind und über diese finanziert werden. Einige dieser Athleten gehen, sobald sie den Leistungssport an den Nagel hängen, dann sogar an das Land über. Sie werden durch einen Wettbewerb aufgenommen. Wir haben im Forstdienst einige davon, die vorher beim italienischen Forstdienst waren. Diese machen den Wettbewerb im Südtiroler Forstdienst und wenn sie diesen schaffen, dann werden sie dort aufgenommen. Die anderen gehen zur Sportgruppe der Carabinieri. Wie auch immer, ich bin der Auffassung und davon überzeugt, dass wir das als Land Südtirol nicht in der Lage wären, zu schultern,

solche professionelle Sportmannschaften zu tragen. Wenn wir schauen, in welchen Bereichen Südtiroler Sportler Profisportler sind, dann macht das eine unglaubliche Palette aus. Wenn man für jede eigene Sportart Teams zur Verfügung stellen müsste von Betreuern, Trainern, Physiotherapeuten mit dementsprechenden Leistungszentren, dann würden wir ganz schnell an unsere Grenzen stoßen und den Sportlern und Sportlerinnen nichts Gutes antun. Vor allem deshalb nicht, weil wir nicht die Kompetenz bieten könnten und auch nicht den Wettbewerb, den sie haben, wenn sie in einem großen Team mittrainieren und mitarbeiten können.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Martin Feichter, bitte.

FEICHTER Martin: Ich würde sogar noch einen Schritt weiter gehen und eine Gesamttiroler Mannschaft vorschlagen. Wenn die Region dann abgeschafft ist, dann könnte man so die Europaregion aufwerten. Diese könnte dann aus Athleten vom Trentino, von Nordtirol und Südtirol bestehen. Das würde der Europaregion wieder Schwung geben. Solche Beispiele über die Staatsgrenzen hinweg hat es in der Vergangenheit schon gegeben. 1968 sind die BRD und die DDR gemeinsam angetreten bei den Olympischen Spielen. Ich glaube auch recht erfolgreich. Da waren eigentlich noch der Kalte Krieg und der Mauerbau. Sie haben die Europahymne als Nationalhymne gewählt, also "Freude schöner Götterfunken" von Beethoven. Die Fahne war einfach die deutsche Fahne mit inmitten die fünf olympischen Ringe. Ich glaube, das wäre ein lebendiges Zeichen für die Europaregion.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Wolfgang Niederhofer, bitte.

NIEDERHOFER Wolfgang: Ich glaube, dass man hier eine große Chance vergibt, gerade hinsichtlich des Zusammenlebens, da der Sport teilweise emotional überhöht wird und Südtiroler Sportler und Sportlerinnen in eine nationalstaatliche Identität hineingezwungen werden und durch diese Regionalisierung würde das aufgebrochen. Die technisch juristischen Herausforderungen gibt es, mein Gott, in allen Bereichen. Da wurden Begriffe wie Illusion fallengelassen, da hätten wir bestimmte Menschenrechte heute auch nicht, wenn man vor 100 Jahren bestimmte Dinge als Illusion oder Utopie bezeichnet hätte. Da müsste der Antrag vom Südtiroler Landtag an den Zentralstaat kommen, mit der Bitte, dass man diesbezüglich international unterstützt würde, dass Südtirol auch einen eigenen CONI Verband bekommt. Ich bin kein Spezialist des internationalen olympischen Komitees, aber meines Wissens vor Ausbruch des Ersten

Weltkrieges war Böhmen, obwohl es weder unabhängig war, es war ja Teil der österreichisch-ungarischen Monarchie, sogar Mitglied des olympischen Komitees. Es gibt also Möglichkeiten und es wäre eine Chance.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Zu diesem Punkt jetzt wirklich nur noch zwei letzte Wortmeldungen. Bitte, Laura Senesi.

SENESI Laura: Volevo solo dire che nel gruppo uno non c'era il consenso!

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Roberto Toniatti, bitte.

TONIATTI Roberto: Mi sembra che gli obiettivi che sono stati enunciati dal collega Niederhofer abbiano molto peso. Certo allo stato attuale non sono in grado di superare le obiezioni molto realiste che sono state fatte poc'anzi. Il problema credo non sia lo Stato italiano ma il Comitato Olimpico Internazionale e quindi gli assetti normativi internazionali. Forse l'obiettivo che ci si può porre è quello di lavorare, ma in tempi medio-lunghi, per creare dei circuiti olimpici alternativi ai circuiti olimpici nazionali e quindi individuare una dimensione, come esistono delle categorie di giochi olimpici, avere anche i giochi olimpici a livello subnazionale, e questo consentirebbe di coltivare quei due obiettivi.

Secondo me l'importante è che lo Statuto contenga una formulazione che non impedisca l'avvio di politiche, quindi attività, contatti e quant'altro, con le autorità internazionali e nazionali, senza introdurre nello Statuto la costituzione di un comitato olimpico provinciale che credo verrebbe presa poco seriamente, come diceva il presidente Durnwalder. Però le politiche in vista di potrebbero essere possibili. E poi chi ha filo da tessere, tesserà!

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Happacher Esther, bitte.

HAPPACHER Esther: Ich wollte etwas hinzufügen. Hier steht, etwas verkürzt, in der Arbeitsgruppe 3: Sportgesetzgebung und zwar im Artikel 117 Absatz 3, konkurrierende Kompetenzen – ordinamento sportivo – Sportgesetzgebung. Da war der Konsens, dass man als weiteren Punkt hinzufügt: Sportgesetzgebung, Sport und Freizeitgestaltung, usw., also dass es als eigener Begriff drinnen ist.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Gut, dann gehen wir jetzt zu **Punkt 38** über: Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Zusammenarbeit mit EU in den Bereichen der eigenen Zuständigkeit.

Andreas Widmann, bitte.

WIDMANN Andreas: Ich glaube, das ist im Papier, das uns heute vorliegt, bereits enthalten.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Punkt 39: Produktion, Verteilung und Transport von Energie auf Landes- und örtlicher Ebene.

Luis Durnwalder, bitte.

DURNWALDER Luis: Da muss man schon noch schauen, ob es sonst noch irgendwo kommt. Ich habe es zwar nicht gesehen, kann aber so sein. Bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit muss man schon schreiben bzw. einen eigenen Punkt machen: "mit anderen Regionen". Erstens mit der Europaregion Tirol, zweitens, dass wir auch mit anderen Regionen in Europa, und zwar überall dort, wo wir Zuständigkeiten haben, zusammenarbeiten, Verträge abschließen können usw. Das ist das Mindeste, was wir verlangen können. Auch was die Entwicklungszusammenarbeit anbelangt, habe ich diese nirgends gesehen. Das müssen wir aber schon hineingeben.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Andreas Widmann, bitte.

WIDMANN Andreas: Das Papier, das wir heute vor der Sitzung bekommen haben, geht ausführlich genau auf diese Aspekte ein. Das kommt also danach sowieso auf die Tagesordnung.

DURNWALDER Luis: Ja, aber da sehe ich es nicht.

WIDMANN Andreas: Nein, aber es liegt ein eigenes vierseitiges Papier zu dem Punkt vor.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Das wird dann integriert.

Punkt 39: Produktion, Verteilung und Transport von Energie auf Landes- und örtlicher Ebene. Das wäre das, was Luis Durnwalder vorher aufgezeigt hat.

Punkt 40: In der Arbeitsgruppe 2, ohne Konsens Einwanderung, Asylrecht, Aufenthaltsrecht.

Bei **Punkt 41** ist es ja ähnlich: Arbeitsgruppe ohne Konsens "vollständige Finanz- und Steuerhoheit" und Arbeitsgruppe 1 ohne Konsens "volle Finanzautonomie mit anteiliger Übernahme der Staatsschulden". Konsens war in der Arbeitsgruppe 3 "Finanzausgleich und Harmonisierung der öffentlichen Haushalte auf Landesebene".

NIEDERHOFER Wolfgang: Im Protokoll der Arbeitsgruppe 3 steht: Vollständige Finanz- und Steuerhoheit. Ich glaube, dass man dieses Thema etwas vertiefen sollte, denn das ist einer der zentralsten Punkte.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Hinten bei Punkt 41 steht, wo kein Konsens in der Arbeitsgruppe 1 ist: "in den Bereichen Feststellung, Einhebung, Kontrolle der direkten und indirekten Steuern soll dem Land ein starkes Mitbestimmungs- und Gestaltungsrecht eingeräumt werden. Das Land soll die Zuständigkeit für wesentliche Zu- und Abschläge erhalten."

Luis Durnwalder, bitte.

DURNWALDER Luis: Das kann man auf jeden Fall hineinschreiben, denn das haben wir heute schon zum Teil. Wir haben heute aufgrund des Mailänder Abkommens die Möglichkeit, dass wir bei der IRAP oder IRPEF Zuschläge oder Abschläge machen können oder auch die Autosteuer können wir auf Null setzen. Diese Zuständigkeit haben wir bereits, nicht überall, aber zum Teil. "Die gesamte Steuerhoheit", dann hat man EU-mäßig ein Problem. Ihr habt miterlebt, was die Engländer jetzt androhen. Sie verringern die Firmensteuer entsprechend, damit alle Betriebe sich dort niederlassen. Wir haben mit der Autosteuer begonnen. Jetzt lassen sich alle "rent a car" bei uns nieder. Wir hatten viele Einnahmen, aber natürlich auch Krieg. Ich war damals selbst in der "Staat-Regionen-Konferenz". Es ist ganz klar, dass, wenn man hier nichts bezahlt und den Sitz in Verona hat und dort bezahlen muss, man sich hier einschreibt. Deshalb die "volle" werden wir nicht erreichen, denn es geht nicht, dass man in Südtirol für ein Produkt nur 3 Prozent Mehrwertsteuer bezahlen muss. Aber ein Mitspracherecht bei den staatlichen Steuern wäre gut. Wir haben schon einige Steuern, die wir festlegen können, bei der IMI z.B. können wir selber entscheiden, oder die Fremdenverkehrssteuer. Das sind aber ganz spezielle Steuern. Bei den Staatssteuern darf man nur in jenen Bereichen, wo wir die Zuständigkeit haben, die Steuern anheben oder senken. Zum Beispiel bei der IRPEF

zahlt man bis zu 28.000 Euro Einkommen überhaupt nichts. Das kann man machen. Deshalb würde ich die zweite Formulierung nehmen.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Patrick Dejaco, bitte.

DEJACO Patrick: Ich glaube schon, dass das einer der ganz wesentlichen Punkte ist. Hier geht es um die Wettbewerbsfähigkeit, hier geht es um die Zukunft. Es nutzt nichts, wenn wir die Kompetenzen haben, aber nicht die Finanzausstattung. Natürlich kann auch an diesen extremen Positionen, wo Steuerdumping betrieben wird, teilgenommen werden, aber man muss es in einem europäischen Rahmen sehen. Europa kommt eh nicht umhin, hier eine Harmonisierung zu machen und Mindesthöhen an Steuern festzulegen. Wenn wir hier weiterkommen wollen, dann brauchen wir, glaube ich, die Finanz- und Steuerhoheit.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Laura Polonioli, bitte.

POLONIOLI Laura: Volevo solo ricordare che a Trento sull'autonomia finanziaria e fiscale hanno dedicato un'intera seduta. Questo per dire che è un tema veramente molto complesso e delicato. Io sono dell'idea che un'autonomia istituzionale forte richiede anche un'autonomia finanziaria forte e che quindi richiede una certezza e una programmabilità delle risorse. Questo penso che sia un obiettivo comune a tutti, il punto è che dire di avere una piena autonomia finanziaria e fiscale non vuol dire nulla, quindi è ancora il discorso relativo alla definizione delle materie, è un consenso che non può essere consapevole.

Voglio sottolineare la delicatezza di questa materia. Dove siamo d'accordo e c'è il consenso su principi importanti come quello di avere comunque un'autonomia forte e una certezza e una programmabilità delle risorse, poi bisognerà avere una proposta concreta da portare in Consiglio.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Wolfgang Niederhofer, bitte.

NIEDERHOFER Wolfgang: Ich glaube, Grundlage einer vollständigen Finanz- und Steuerhoheit müssen Verhandlungen mit dem Zentralstaat sein, wo man einen Kassensturz macht. Der ehemalige Landesrat Thomas Widmann hat schon einmal einen ähnlichen Vorschlag unterbreitet, wo die gesamten Aktiva und Passiva auf den Tisch gelegt werden. Danach wird vereinbart, wie im Endeffekt die

Finanzgebarung des Landes Südtirols auf eine völlig eigenständige Basis gesetzt wird. Hier könnte man auch Garantien abgeben, dass das Ziel nicht ein Steuerdumping ist, so wie es Irland innerhalb der EU betreibt, die auch sehr niedrige Unternehmenssteuern haben, sondern das Ziel muss sein, dass wir Südtirol volkswirtschaftlich auf eine zukunftsfeste Basis stellen. Das muss nicht bedeuten, dass wir automatisch "per se" besser sind wie andere. Aber wir übernehmen für diesen Bereich die Verantwortung. Wir haben die Möglichkeit und die Chance, die Verantwortung zu übernehmen und sind dann auch für das, was wir erwirtschaften oder nicht erwirtschaften selber verantwortlich. Das sind wir unseren Kindern schuldig, dass wir Südtirol volkswirtschaftlich auf eine solide Basis stellen. Es könnte uns in den nächsten Jahren einiges um die Ohren fliegen, das uns nicht sehr lieb und recht ist.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Andreas Widmann, bitte.

WIDMANN Andreas: Ich schließe mich Laura Polonioli insofern an, als dass ich glaube, dass das Thema eine Vertiefung verdient und auch darin, dass ich sage, eine starke Autonomie braucht nicht nur sichere Ressourcen, sondern den größtmöglichen Grad an Autonomie in diesem Bereich. Es ist aber komplex. Es geht aus meiner Sicht zu weit, wenn man sagt, man kann die Steuertatbestände selber definieren. Das ist funktionell in einer so kleinen Volkswirtschaft und auf einem so kleinen Territorium nicht möglich, so wie die Abschreibungstatbestände, die Bemessungsgrundlagen, usw. Das funktioniert nicht. In der Formulierung der Arbeitsgruppe 1, nämlich starke Mitbestimmung bei Einhebung, Feststellung, Kontrolle, wo ich weiß, dass eine Stimme keinen Konsens gegeben hat, ich glaube in dem Geist, den Laura angesprochen hat, das ist sicher diskussionsfähig. Dann gibt es die Außenseite, was Wolfgang angesprochen hat, nämlich die Sicherheit der Ressourcen. Das ist im Verhältnis zum Staat und unsere Beitragspflicht bzw. die Sicherheit der Überlassung der Ressourcen und die Beitragspflicht zu den Aufgaben und zum Zinsdienst des Staates. Das muss aus meiner Sicht deutlich mehr her, auch unter dem Gesichtspunkt der Mitgestaltung der Steuersätze in einem vernünftigen und realisierbaren Rahmen. Mit der Feststellung, dass zu keinem dieser Punkte Konsens besteht, würde ich diesen Punkt jetzt nicht beschließen, sondern in einer Form, die der Komplexität des Themas und der Wichtigkeit des Themas gerecht wird, entweder in die Arbeitsgruppen oder ins Plenum bringen.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Genau diesen Punkt hat Prof. Falcon bei unserer Aussprache aufgezeigt, wie wichtig er für die Autonomie der zwei Provinzen ist.

Stefan Gufler, bitte.

GUFLER Stefan: Andreas Widmann hat das Wort schon gesagt, das mir in den Sinn gekommen ist. Wenn wir "vollständig" mit "größtmöglichst" austauschen, dann geben wir den richtigen Auftrag und alle haben den gleichen Konsens, dass das das Ziel sein sollte. Für unsere Arbeit könnte das ein Ausweg sein, um nicht länger über genaue Formulierungen diskutieren zu müssen.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Maria Hochgruber Kuenzer, bitte.

HOCHGRUBER KUENZER Maria: Ich bin davon überzeugt, dass größtmögliche Finanzen, Steuerhoheit, versuchen wir oder glauben wir auch heute schon zu haben. Wir haben das Wort "Vollautonomie" immer wieder ausgesprochen. Ich stehe auch dahinter. Nur im Bereich Finanz- und Steuerhoheit bin ich davon überzeugt, dass wir eigentlich keine Sicherheit haben. Das ist für mich die größte Überlegung zu sagen, wir möchten, aber wir wissen alle, wie schwierig es ist. Nicht nur in Italien auch in Europa oder auch in andere Richtungen, wenn man den politischen Wind von Amerika nur ein bisschen spürt, dann bekommt man schon das Gefühl und fragt sich, wie es mit unserer Sicherheit ist. Die Sicherheit, dass wir heute so viel wie möglich an Steuern wieder zurückbekommen und selber einsetzen und gestalten können, haben wir nur bis zu einem bestimmten Punkt. Wir haben in den letzten Jahren Abstriche gemacht. Die Frage für mich persönlich ist: Wenn wir so weitermachen, wie viele Abstriche werden wir machen müssen? Da ist schon die Überlegung: Was gibt uns Sicherheit? Größtmöglichst? Ich weiß es nicht!

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Walter Eccli, bitte.

ECCLI Walter: Vedo che é senza consenso, però a me piaceva molto questa „volle Finanzautonomie mit anteilige Übernahme der Staatsschuld“. Trovo che questa sia una proposta costruttiva perché è anche compromissoria nel senso di dire: dateci la possibilità di gestire le finanze, noi però siamo consapevoli di trovarci in una situazione catastrofica quale quella italiana dove il debito pubblico aumenta invece che diminuire. Diamo il nostro contributo per invertire questa marcia. Sarebbe un'impostazione costruttiva.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Andreas Widmann, bitte.

● ● ● ● ● ● ● ●

WIDMANN Andreas: Die Seite der Ressourcensicherheit für die Haushalte wurde angesprochen. Die technische Lösung, die in der Arbeitsgruppe 1 vorgeschlagen wurde, war, auf der Ebene des Statuts z.B. das derzeitige Mailänder Abkommen auf die Ebene des Statuts zu heben, das andere ist aber die Steuerpolitik in dem Sinne, wie ich Private und Unternehmen besteuere. Das ist etwas anderes. In dem Zusammenhang habe ich vorher gesagt, die vollständige Autonomie in der Festsetzung der Steuertatbestände usw. Aus meiner Sicht funktioniert das nicht. Formelkompromiss von Stefan Gufler ist als Grundlage für die weitere Gestaltung aus meiner Sicht der richtige.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Patrick Dejaco, bitte.

DEJACO Patrick: Ich möchte nochmals betonen, wie wichtig das Thema ist. Wir tun so, als ob immer alles weiterginge. Ich möchte daran erinnern, dass, wenn es eine Zinswende gibt, uns der Laden Italien um die Ohren fliegt. Ich weiß nicht, ob das hier allen bewusst ist.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Ich komme noch einmal auf unsere drei Juristen und Juristinnen zurück. Ich denke, es hat der Konsens geherrscht, dass ein Grundlagenpapier ausgearbeitet werden soll. Wenn der Wunsch besteht, dass wir einen eigenen Abend zu diesem Thema machen, so wie es in Trient gemacht worden ist, dann kann das selbstverständlich gemacht werden. Die Finanzabsicherung ist eine wesentliche Grundlage, ich würde sagen, es ist das Um und Auf. Ich denke, Luis Durnwalder hat x-Verhandlungen dahingehend geführt, erweiterte Möglichkeiten für Südtirol zu schaffen.

Roberto Toniatti, bitte.

TONIATTI Roberto: È inutile nascondervi dietro i tecnici, scusate la franchezza, questa è una materia di altissima intensità politica. Se non altro pensate come già oggi vi sia flessibilità su questa materia, al punto che addirittura si può avere una modifica dello Statuto speciale che è legge costituzionale, con legge ordinaria della Repubblica previa intesa. Qui bisogna pensare ad avere degli elementi, per quanto possibile, permanenti e degli elementi flessibili che potrebbero anche essere per esempio sulla previsione di un accordo annuale con lo Stato anziché accordi che possono esserci solo ai fini della modifica dello Statuto. Non a caso qui si parla di statutizzare l'Accordo di Milano, ma poi c'è stato il patto di garanzia di Roma e così via.

Credo che su questo, parlo evidentemente per me da tecnico, noi dovremmo non affidare ai tecnici un compito così difficile ma dovremmo avere un gruppo di lavoro, non ne servono tanti come ne abbiamo avuti, con persone che ci possano illuminare su questo punto e credo che il presidente Durnwalder dovrebbe farne parte, e i tecnici traducono in disposizioni un'esperienza, una capacità di visione politica perché la materia è veramente molto delicata.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Ich denke, Prof. Toniatti hat es auf den Punkt gebracht. Es stimmt, da gebe ich dem Professor vollkommen recht. Es muss eine Vorarbeit geleistet werden, die dann in Eure Arbeit einfließt. Ich greife diesen Vorschlag jetzt gerne auf. Wir gehen in den nächsten paar Minuten in die Pause. Während der Pause kommt diese Arbeitsgruppe hoffentlich zustande.

Riccardo Dello Sbarba, bitte,

DELLO SBARBA Riccardo: Adesso la cosa si è sviluppata in senso operativo. Credo che quanto diceva Toniatti sia giusto. Volevo ricordare che la proposta dell'ex assessore Widmann era quella di comprarsi l'indipendenza comprando il debito pubblico che ci riguarda, quindi non era solo per la piena autonomia fiscale lui. Non ci credeva nemmeno lui, ma questo l'ha detto Bizzo! Per quanto riguarda il discorso di Toniatti da tener conto è che non c'è stato solo il patto di Milano ma c'è stato anche il Patto di Garanzia e uno dei valori del Patto di Garanzia, a proposito del discorso però del Patto annuale, era invece una garanzia del lungo periodo. Cioè noi col Patto di Garanzia abbiamo cercato di fare un contratto con lo Stato che dava stabilità e prevedibilità alla finanza pubblica per più anni, per cui oggi siamo in grado di programmare per dieci anni lo stato delle nostre finanze, fino al 2023. Non è una questione di poco conto, perché la stabilizzazione del bilancio, il non dover tutti gli anni star lì a discutere con Roma era un obiettivo fondamentale che pare sia stato raggiunto.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Es geht ja darum, um Planungssicherheit zu haben und nicht jedes Jahr nicht zu wissen, welche Mittel zur Verfügung stehen.

Andreas Widmann, bitte.

WIDMANN Andreas: Was aber, wie gesagt, nicht das ganze Thema Steuerhoheit ist.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Genau. Gut, es ist jetzt 20 Minuten vor 20 Uhr.

Wir machen eine Pause bis 20 Uhr.

P A U S E

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Wir gehen die Punkte jetzt noch so schnell wie möglich durch. Wolfgang Niederhofer, bitte.

NIEDERHOFER Wolfgang: Ohne die Geschwindigkeit allzu stark einzuschränken, nur schnell ein kleiner Nachtrag zum Thema "Einwanderung, Asylrecht, Aufenthaltsrecht", bei dem kein Konsens bestand. Da entnehme ich der Publikation "Mehr Eigenständigkeit wagen" von Thomas Benedikter, wenn er Katalonien und die Ålandinseln mit Südtirol vergleicht, dass da sehr wohl ein Mitspracherecht bei der Regelung der Migration besteht. Es sollte schon ein Thema in Südtirol sein, dass hier die Gleichstellung der Sprachen zum Teil übergangen wird. Das sollte man in diesem Zusammenhang auf jeden Fall thematisieren.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Gut. Wir haben vorher den Punkt Finanzen - nennen wir es einmal im weitesten Sinne so - der Arbeitsgruppe aufgegriffen. Diesbezüglich bitte ich Andreas Widmann sich aus unserer Gruppe Personen zusammenzusuchen, die dann dieses Thema im Rahmen einer Arbeitsgruppensitzung behandeln. In Zukunft wird es sicher noch zwei, drei Themen geben, bei denen wir eigene Arbeitsgruppen brauchen, die dann parallel arbeiten. Gegebenenfalls wird dann auch von extern noch jemand beigezogen. Wir versuchen das jetzt so schnell wie möglich abzuarbeiten und vielleicht noch soviel Zeit zu finden, dass das, was von den drei Experten vorbereitet worden ist, sprich das Thema Europa, heute noch vorgestellt wird.

Wir sind jetzt bei **Punkt 42** "Kreditinstitute von Landesinteresse". Vorschlag Arbeitsgruppe 3: Sparkassen-, Landwirtschaftsbanken, Kreditinstitute regionalen Charakters, Körperschaften für Boden- und Agrarkredit mit regionalem Charakter.

Punkt 43: Arbeitsgruppe 1: Verteilung der Post samt Personal. Diesbezüglich wäre Konsens gewesen. Arbeitsgruppe 2 ohne Konsens: Die Postdienste. Ich denke, wir sollten uns jetzt nicht auf eine lange Diskussion, Post hin oder Post her, einlassen. Es ist ein ganz wesentliches Element, das ja schon lang und breit besprochen worden ist. Und man sieht ja, dass immer mehr Dienste reduziert werden.

Dementsprechend sollten wir nach einer größtmöglichen Eigenständigkeit trachten. Wenn Luis Durnwalder dazu etwas sagen möchte, bitte.

DURNWALDER Luis: Wir müssen auf jeden Fall die Verteilung der Post verlangen. Das haben wir ja bereits in meiner Zeit x-mal in Rom behandelt. Wir standen damals schon vor der Unterschrift. Ich habe mich heute erkundigt und kann feststellen, dass man jetzt wieder vor der Unterschrift steht. Das heißt, dass man in Rom nicht dagegen ist. Deshalb würde ich sagen, dass wir die Verteilung der Post oder überhaupt die Postdienste auf jeden Fall verlangen sollen. Ich würde die Postdienste vorschlagen, da dies ein wenig weiterführend ist. Danach muss es sowieso in einer Durchführungsbestimmung aufgrund eines Vertrages festgelegt werden.

NIEDERHOFER Wolfgang: In der Arbeitsgruppe 3 hatten wir "Post- und Telekommunikationswesen" als Konsens.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Das habe ich auch so verstanden.

DURNWALDER Luis: Dann sagen wir "Postdienste und Telekommunikation".

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Gut. Somit bleiben wir bei "Postdienste und Telekommunikation".

Punkt 44: Sozialversicherungswesen und Zusatz- und Ergänzungsvorsorge.

Patrick Dejaco, bitte.

DEJACO Patrick: Ich hätte eine Frage! Sind da die Rentenversicherungen mit dabei oder wo sind diese enthalten? Ist da alles dabei? Besteht diesbezüglich schon Konsens, dass wir das alles übernehmen? Sollte man noch explizit auf die Renten eingehen oder wird das alles unter dem Dach der Sozialversicherungen gemacht?

WIDMANN Andreas: Dieser Terminus enthält die Pensionen und Renten.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Ich denke auch, dass das dazugehört.

Punkt 45: Arbeitsgruppe 1 ohne Konsens: Alle Zuständigkeiten in den Bereichen tierärztlicher Dienst. Das haben wir schon im Rahmen der Sanitätsgeschichte besprochen.

Punkt 46: Vorschlag Arbeitsgruppe 1: Alle Zuständigkeiten in den Bereichen Valorisierung der lokalen Produkte deren Regelung; Werbung im In- und Ausland sind aufs Land zu übertragen. Das gehört zum Thema Handel.

Punkt 47: Residualklausel für alle Sachgebiete, die nicht ausdrücklich der staatlichen Gesetzgebung vorbehalten sind. Die Gesetzgebungsbefugnis steht der Provinz zu.

Maria Hochgruber Kuenzer, bitte.

HOCHGRUBER KUENZER Maria: Ich bitte um eine kurze Erläuterung, was mit der Residualklausel in allen Sachbereichen gemeint ist!

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Wer möchte darauf antworten? Esther Happacher, bitte.

HAPPACHER Esther: Residualklausel bedeutet Folgendes: Wir haben eine Liste von Sachbereichen, in denen der Staat Zuständigkeiten in der Verfassung hat. Und wir haben jetzt eine Liste von Sachbereichen im Sonderstatut, aber das wird wahrscheinlich nicht hundertprozentig alle Aspekte und alle Regelungsgegenstände erfassen. Deshalb schreibt man sich mit dieser - eigentlich nennt man sie Generalklausel - Residualklausel hinein, dass es einer bestimmten Gebietskörperschaft zukommt, die in allen anderen Bereichen, Gegenständen und Sachbereichen, die hier nicht ausdrücklich benannt worden sind, die Regelung treffen. Das ist eine Residualklausel. Also alles, was hier nicht ausdrücklich aufgezählt ist, aber trotzdem als Regelungsgegenstand auftaucht, gehört dann zu dieser Gebietskörperschaft.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Danke. Roberto Toniatti, bitte.

TONIATTI Roberto: Farei solo una integrazione. Qui si intende anche tutto ciò che non è di competenza dello Stato, quindi bisogna leggere lo Statuto insieme alla Costituzione e già oggi per esempio anche le regioni ordinarie sono titolari della competenza a titolo residuale, anche se poi la Corte costituzionale ha reso poco significativa questa competenza.

Se posso approfittare, nel testo italiano si parla di proposta di trasferimento alla Provincia. Qui seguirei il nuovo linguaggio dell'art. 116 della Costituzione, forse il presidente Durnwalder ne sa qualcosa, perché nel testo originario della Costituzione si attribuivano alle regioni speciali, oggi la Costituzione dice che le regioni speciali dispongono di competenze particolari. Mi sembra una sfumatura molto importante, nel senso che sembra quasi che la Costituzione prende atto che le regioni speciali dispongono di competenze particolari, perché se noi mettiamo "trasferimento" rimane sempre l'idea che sono competenze dello Stato che vengono trasferite alle regioni. Nel testo in lingua tedesca non lo vedo, invece nel testo in lingua italiana c'è e questo andrebbe evitato.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Punkt 48: Sozialwesen.

Punkt 49: Schutz und Förderung des Wettbewerbs. Das sind jetzt Vorschläge von verschiedenen Arbeitsgruppen, bei denen Konsens bestand, die aber sonst keine eigene Arbeitsgruppe haben. Aber das soll dann einfach eine Grundlage für die Juristen sein.

Punkt 50: Buchhaltungssystem.

Heinold Rottensteiner, bitte.

ROTTENSTEINER Heinold: Nur die Erklärungsfrage! Da ist das Buchhaltungssystem für die öffentlichen Körperschaften gemeint. Durch die Harmonisierung haben wir diese Kompetenz verloren und diese müssen wir uns jetzt zurückholen.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Punkt 51: Ergänzende Bestimmungen im Meldewesen.

ROTTENSTEINER Heinold: Das war auch eine Idee von mir, und zwar, dass wir auch die Höfenamen im Meldewesen dazugeben können. Wenn die Identitätskarten in Zukunft in Rom hergestellt werden sollen, dann ist das viel zu weit weg vom Bürger. Das muss bei uns geschehen. Das sind ergänzende Sachen im Meldewesen.

DURNWALDER Luis: Könnten wir bei Punkt 43 "Postdienste und Telekommunikation" auch den Bereich "Meldewesen" dazugeben?

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Das Meldewesen betrifft Identitätskarten usw. Das sind zwei verschiedene Sachen.

DURNWALDER Luis: Dann machen wir es separat.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Das wären mehr die demographischen Ämter der Gemeinden.

DURNWALDER Luis: Ist das nicht eine Sache der Region?

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Gut. Dann kommen wir zu **Punkt 52:** Ordnung der lokalen Gebietskörperschaften und grundlegenden Funktionen.

DELLO SBARBA Riccardo: Puoi anche portare la competenza mantenendo una certa regione...

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Punkt 53: Koordinierung der statistischen Information und informatische Koordinierung der Daten der staatlichen, regionalen und örtlichen Verwaltung. Das ist auch ein Vorschlag von der Arbeitsgruppe 3 gewesen.

Bitte, Laura Polonioli.

POLONIOLI Laura: Esther, non capisco questa formulazione: "coordinamento delle informazioni statistiche, coordinamento informatico dei dati" cosa significa?

DEJACO Patrick: Darf ich vielleicht etwas dazu sagen? Es wird ja viel vom ISTAT vorgegeben, was das ASTAT zu erheben hat. Das ist eigentlich ein Punkt. Natürlich macht es Sinn, ähnliche gesamtstaatliche Erhebungen zu machen. Aber es geht auch darum, mehr Autonomie in diesem Bereich zu haben.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Danke. Wir kommen jetzt zu den Verwaltungskompetenzen.

Bitte, Wolfgang Niederhofer.

NIEDERHOFER Wolfgang: Etwas, das wir überhaupt nicht erwähnt haben, aber schon sein sollte, wären die Zuständigkeiten im Bereich Konsumentenschutz, Etikettierungen usw., also wo wir nicht mit dem EU-Recht konkurrieren wollen, aber im Konsumentenschutz. Momentan gibt es ja den "Codice del consumo", aber das wird ja vom Zentralstaat und nicht von Südtirol rausgegeben. Da wäre mein Vorschlag, das auch als Kompetenz reinzugeben. Ich glaube, dass es zum Verbraucherschutz gehört oder?

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Ich finde es sinnvoll, wenn man es zur Sanität dazugibt.

NIEDERHOFER Wolfgang: Das ist nicht Gesundheitswesen, sondern Verbraucherschutz!

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Dann ist der Vorschlag, einen eigenen Punkt "Verbraucherschutz" zu machen.

Wir kommen nun zum nächsten großen Kapitel "Verwaltungskompetenzen". Arbeitsgruppe 1 ohne Konsens: Alle Befugnisse des Regierungskommissariats ans Land nach dem Beispiel der Region Aosta und der österreichischen Länder.

Luis Durnwalder, bitte.

DURNWALDER Luis: Da werden wir uns sicherlich nicht alle einig sein. Ich bin davon überzeugt, dass vor allem gewisse italienische Kollegen nicht ganz damit einverstanden sein werden. Ich bin der Meinung, dass diese Einrichtung total überflüssig ist. Wir haben deren Abschaffung schon x-mal gefordert. Das ist ein Überbleibsel aus der faschistischen Zeit, wo man eben hergegangen und auf Landesebene ein Kontrollorgan des Staates haben wollte. Das ist heute überholt. In Aosta gibt es auch keinen Regierungskommissär. Die Aufgabe der Koordinierung auf Landesebene sollte der Landeshauptmann haben. Da wird es wahrscheinlich einen Minderheitenbericht geben. Die große Mehrheit – das habe ich bei der allgemeinen Debatte festgestellt - ist dafür. So habe ich den Eindruck. Deswegen hat es keinen Sinn, dass wir noch lange und breit darüber diskutieren.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Darüber brauchen wir sicher nicht mehr diskutieren. Es wird ein Mehrheits- und Minderheitenpapier geben. Letzthin hat Landeshauptmann

Kompatscher auch auf eine entsprechende Landtagsanfrage geantwortet. Wir haben diesbezüglich auch eine Menge Beschlussanträge im Landtag genehmigt.

Roberto Toniatti, bitte.

TONIATTI Roberto: Mi viene in mente, a questo proposito, che non si è parlato del questore e allora mi connetto alle considerazioni che abbiamo fatto prima a proposito della polizia locale e dell'ordine pubblico.

DURNWALDER Luis: Questo è automatico perché il questore fa il coordinamento della polizia e quando facciamo le norme di attuazione automaticamente devono dire come viene coordinata la polizia statale ecc. Se lo stato per questi i suoi compiti vuol mantenere la Questura faccia, però questo viene previsto poi nella norma di attuazione.

TONIATTI Roberto: Siccome non si era detto, penso sia utile saperlo e che rimanga agli atti.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Das ist richtig. Andreas Widmann, bitte.

WIDMANN Andreas: Ohne die Diskussion jetzt verlängern zu wollen, aber ich glaube, dass man gerade beim Thema "Regierungskommissar" auch Argumente dagegen halten muss, weil aus meiner Sicht eigentlich funktionell und von funktionierender Verwaltung her nichts dafür spricht, den Regierungskommissar zu erhalten.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Also es spricht nichts dafür, den Regierungskommissar beizubehalten, hat Andreas Widmann gesagt.

Dann kommen wir zu Punkt 2 unter Verwaltungskompetenzen und zwar Vorschlag Arbeitsgruppe 1: Einrichtung eines Landesinstituts für Sozialfürsorge mit entsprechenden Verwaltungskompetenzen, siehe dazu auch Punkt 44.

DEJACO Patrick: Also, soweit ich mich erinnern kann, haben wir ausdrücklich über die Rentenversicherung gesprochen. Wir haben es wieder zu Punkt 44 dazugegeben, aber die

Sozialversicherung ist für mich nicht unbedingt Rentenversicherung. Ich wollte das möglichst explizit nochmals angeben.

NIEDERHOFER Wolfgang: Das Thema des Aufbaus eines eigenen Renteninstitutes erscheint mir auch sehr wichtig zu sein. Man sollte das aber im Zusammenhang mit Finanz- und Steuerhoheit betrachten.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Gut. Dann kommen wir zu Teil 3. Wenn jemand sprechen möchte, bitte ich das Mikrofon einzuschalten.

Luis Durnwalder, bitte.

DURNWALDER Luis: Das haben wir in den abgelaufenen Jahrzehnten schon x-mal gefordert. Diesbezüglich müssten auch genehmigte Gesetzentwürfe im Landtag vorliegen. Deswegen brauchen wir es nur zu fordern. Danach wird man sehen, in welcher Form das durchgeführt wird. Aber dort gibt es bereits Gesetzentwürfe von Seiten des Landtages mit Berechnungen und allem Drum und Dran.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Roberto Bizzo, bitte.

BIZZO Roberto: Solo una piccola richiesta rivolta in particolare al gruppo che si dovrà occupare di economia e finanza. Chiederei che delle competenze, in particolare quelle che comportano una spesa venga fatto anche una previsione di costi proiettata sui prossimi anni. Questo perché a me piacciono le maggiori competenze, però molte di queste si riflettono su un incredibile aumento di spesa corrente. Già con la spesa corrente siamo oltre il limite di sostenibilità, per cui mi piacerebbe che venisse fatta, di queste voci, anche una verifica dei relativi costi.

DURNWALDER Luis: Questi calcoli esistono già!

BIZZO Roberto: Di tutto!

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Roberto Bizzo hat jetzt im Allgemeinen für jene neuen Zuständigkeiten gemeint, auch entsprechend eine Kostenerhebung durchzuführen, was das an Mehrkosten bedeuten würde. Ich denke, Roberto, das soll dann der Landtag machen. Wir haben die

Aufgabe, diesen Katalog an neuen Kompetenzen oder Zuständigkeiten zu erarbeiten. Ich glaube, wenn wir jetzt auf diese Details eingehen würden, dann kommen wir wirklich vom Hundertsten ins Tausendste. Das fällt in die Zuständigkeit des nächst höheren Gremiums.

DEJACO Patrick: Ich kann im Grunde beiden nur zustimmen. Es geht eigentlich um die mittelfristige Finanzplanung. Das können wir natürlich nicht hier machen, aber ich bin dafür, dass es explizit gefordert wird.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Dann kommen wir zum Vorschlag Arbeitsgruppe 1: Institutionen und Institutionelles. Erster Punkt: Alle von der italienischen Gerichtsordnung vorgesehenen Eingangsgerichte und Berufungsgerichte sind in Südtirol als Vollgerichte auszubauen anstatt als autonome Außenstellen. Das ist der Vorschlag der Arbeitsgruppe 1.

WIDMANN Andreas: Darf ich etwas hinzufügen, das ich leider in der Arbeitsgruppe vergessen habe einzubringen? Ich denke, dass alle meiner Meinung sind. Wir haben das Thema heute bei der Buchvorstellung von Christoph Perathoner noch einmal angesprochen, und zwar die Brückenfunktion, die Südtirol hat, und zwar nicht nur touristisch, sondern auch kulturell, aber auch als Dienstleistungsstandort, und zwar öffentliche und private Dienstleistungen. Wir haben bereits ein Beispiel. Vor zwei Jahren ist es gelungen, das Unternehmensgericht nach Bozen zu bekommen. Dadurch wird ermöglicht, dass wir ein zweisprachiges Gericht für Unternehmensstreitigkeiten haben, anstatt sie in Venedig auf Italienisch austragen zu müssen. Das kann man ausbauen und wäre ganz ein wichtiger Wirtschafts- und Wettbewerbsfaktor. Ich kann mir zum Beispiel vorstellen, dass man vielleicht sogar die Möglichkeit einer Derogation des Gerichtsstandortes für Bozen in allen grenzüberschreitenden Unternehmenssachen vorsieht. So könnte man zum Beispiel an der Agentur für Einnahmen eine deutschsprachige Stelle für "Interpelli" einrichten und ähnliche Einrichtungen, die eben die Zweisprachigkeit unseres Standorts im Bereich der öffentlichen institutionellen Dienstleistungen ausbauen.

POLONIOLI Laura: Il problema del tribunale delle imprese è che è un tribunale altamente specializzato in una materia molto delicata. Io ritengo che se si crea, a parte che dipende dalla geografia giudiziaria ovviamente, quindi concretamente non so se realizzabile, ma anche se dovesse essere realizzabile penso che questo vada a pregiudizio della specializzazione, perché avere un tribunale delle

imprese in Alto Adige con un ridotto contenzioso, influisce negativamente sulla specializzazione, quando invece un tribunale delle imprese è un tribunale che deve rimanere altamente specializzato.

Riguardo invece la Corte di appello autonoma lì sarei favorevole, perché da quanto so ci sono dei problemi per quanto riguarda soprattutto la direzione distrettuale antimafia e quindi tutti i procedimenti legati con questa direzione distrettuale antimafia che si occupa di reati importanti come la pedofilia online. I problemi in questo settore ci sono, perché succede che le udienze ad esempio sono istruite a Trento, poi però il dibattimento si svolge a Bolzano e normalmente il procuratore di Trento delega un sostituto procuratore di Bolzano che però non ha istruito il procedimento. Quindi ci sono dei problemi legati anche ad esempio alla conservazione della polizia postale che svolge un importante compito soprattutto in materia di pedofilia, anche se avere una Corte di appello autonoma è difficile, perché poi rimarrebbe scoperta Trento, perché le Corti di appello devono avere tre tribunali, e Trento ha Bolzano, Verona e Trento, quindi anche questo potrebbe essere un problema.

WIDMANN Andreas: Natürlich ist es auch wieder sehr technisch und jede Lösung steht unter dem Vorbehalt des Funktionierens. Das ist klar. Auf der anderen Seite möchte ich dich nicht so verstanden haben, dass du das Unternehmensgericht in Bozen wieder schließen möchtest, weil das eine sehr große Errungenschaft ist, die uns einen tollen Wettbewerbsvorteil verschafft. Ich muss dich zuletzt daran erinnern, dass wir mit dem Merkantilmagistrat eigentlich bald seit 400 Jahren ein zweisprachiges Handelsgericht in dieser Brückenfunktion haben. Das ist ausbaufähig und ist eine Investition in das Organigramm und in diese Infrastruktur wert. Es wäre nicht zuletzt für ganz Italien ein ganz enormer attraktiver Faktor, gerade für die Betriebsansiedelung, auch für die Möglichkeit, zweisprachige Prozesse in Südtirol zu führen. Unterschätzen wir das nicht, nutzen wir das Potential unseres Territoriums bzw. unseres Landes und auch unserer Zweisprachigkeit!

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Roberto Bizzo, bitte.

BIZZO Roberto: Non mi entusiasma il turismo giudiziario, perché sono convinto che la giustizia sia una nave che per manovrare in tranquillità ha bisogno di bacini larghi e acque profonde. Quando si stringe la giustizia in ambiti ristretti non si fa il bene né di chi amministra la giustizia né della giustizia che viene amministrata. Troppa vicinanza tra giudici e giudicati fa male sia ai giudicati che ai giudici.

● ● ● ● ● ● ● ●

WIDMANN Andreas: Dem muss ich entgegnen, dass gerade ein international aufgestelltes Gericht das Problem der Nähe zu den Richtern erstens a priori löst und zweitens zeigt sich jetzt wirklich ein wichtiger Unterschied im Zugang und auch in der Selbstwahrnehmung. Wieso haben wir die Autonomie? Ich will jetzt nicht alles wiederholen. Luis Durnwalder hat es zuletzt einmal perfekt auf den Punkt gebracht, als er gesagt hat, dass es darum geht, uns die Regeln geben zu können, die wir brauchen. Von uns aus gesehen ist Südtirol ein zentrales Land in Europa und auch im Rechtsverkehr. Wir sind nicht nur die hinterste Peripherie eines Zentralstaates, wie mir manchmal scheint, dass wir von unseren italienischen Mitbürgern wahrgenommen werden. Nutzen wir diese Chance, stellen wir unser schönes, attraktives, aber auch mit Menschen und Kompetenzen begabtes Land in das Zentrum!

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Es sind viele Hände hochgegangen. Luis Durnwalder, bitte.

DURNWALDER Luis: Ich möchte dem Kollegen Bizzo nur sagen, dass, wenn die räumliche Nähe so schädlich ist, sie dann für die Trentiner auch schädlich sein müsste, weil die Provinz Trient kleiner ist wie wir. Wennschon könnte man alles nach Bozen geben, dann hätten auch die Trentiner wieder eine weitere Entfernung und nicht diese enge Beziehung. Das sind keine Ausreden. Ich bin der Meinung, dass wir die zuständigen Gerichte fordern müssen, wenn wir morgen eine eigene Region sein wollen. Warum sollten wir immer nur der verlängerte Arm von Trient sein? Trient hat noch viel weniger das Recht, eine Autonomie zu haben. Sie haben sie geschenkt bekommen, Herr Professor, seien Sie mir nicht böse!

POLONIOLI Laura: Da quello che so, di tribunali delle imprese ce ne sono 11 in tutta Italia.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Der Unterschied ist, dass es in Südtirol durch die Zweisprachigkeit gerade für den deutschen Sprachraum einen ganz anderen Wert hat.

WIDMANN Andreas: Attraktivität! Das muss als Trumpf für Italien verstanden werden.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Das ist - wie du richtig gesagt hast - ein zusätzlicher Wirtschaftsfaktor für unser Territorium.

Christoph Perathoner, bitte.

PERATHONER Christoph: Ich möchte auf alle Fälle zu 100 Prozent, wenn nicht 110 Prozent die Wortmeldung von Andreas Widmann unterstützen, auch aus der anwaltlichen Praxis heraus. Ich möchte darauf hinweisen, aufzupassen, dass wir die Uhren der Geschichte nicht zurückdrehen. Ich glaube, dass wir schon seit jeher oder seit vielen Jahren - so muss ich es ausdrücken - ein ganz eigenes System im Justizbereich haben. Das heißt, dass wir auch lokale Richterwettbewerbe haben. Das bedeutet, dass unsere Richter mit lokalen Richterwettbewerben anders bestimmt werden. Sie unterscheiden sich von den Richtern, die auf Staatsebene zum Zuge kommen. Ich wage zu behaupten, dass unsere Richter nicht schlechter sind als die Richter anderer Teile Italiens, obwohl sie durch einen anderen Wettbewerb bestellt werden.

Aus persönlicher Sicht glaube ich auch, dass wir oder die Väter der Autonomie bei der Ausarbeitung des Autonomiestatutes in vielen Bereichen eine sehr, sehr gute Arbeit geleistet haben, und zwar bei der Ausarbeitung der Legislative und der Exekutive. Bei dieser dritten Staatsgewalt ist man mitten auf dem Weg irgendwie stehengeblieben. Das heißt im Juristiktiefenbereich, der natürlich absolut zu den anderen Staatsgewalten dazugehört, ist man damals einfach nicht weitergekommen. Und das aus einer ganz bestimmten Staatsraison, dass alles, was Justiz ist, man nur teilweise bereit war zu konzedieren, weil man auch gesagt hat: "Das Strafrecht ist staatsweit, das Zivilrecht ist staatsweit." Aber schon vor einem halben Jahrhundert hat man verstanden, dass es die Südtiroler Gerichtsbarkeit eigentlich verdient, dass man sie auch wie eine Minderheit behandelt und minderheitenrechtlich aufstellt, wenn es auch einige Jahre gebraucht hat, bis die Durchführungsbestimmungen dazu gemacht wurden. Vergessen wir nicht, dass wir ein Regionalgericht haben, die Verwaltungsgerichtsbarkeit, die ganz eigen ist, also nicht vergleichbar mit den Nachteilen für die ladinische Volksgruppe, die wir auch kennen, die aber etwas ganz Eigenes in der paritätischen Komposition und in dieser doppelparitätischen Zusammensetzung hat, dass wir natürlich auch die Gerichtssprache und eine Gerichtsbarkeit haben, in eine ordentliche Gerichtsbarkeit, die auf einem Bordsystem aufgestellt ist. Vergessen wir auch in diesem Kontext nicht, dass wir beim Staatsrat in Rom auch ein Vorschlagsrecht haben und durch Minderheitenvertreter vertreten sind! Was uns natürlich fehlt und was ich auf alle Fälle verlangen würde, ist, dass, wenn wir jetzt im ersten und im zweiten Grad in der ordentlichen Gerichtsbarkeit in deutscher Sprache verhandeln können, dies auch beim Höchstgericht bzw. beim Kassationsgericht möglich ist. Wir sollten auch hier ein Nominierungsrecht haben, dass Südtiroler Richter zum Höchstgericht berufen werden, und in dieser Verfahrensinstanz in deutscher Sprache verhandeln können. Das, was jetzt erfolgt, ist von mir aus gesehen minderheitenrechtlich bedenklich. Das heißt, alle deutschen Akten müssen übersetzt werden, was natürlich bedeutet, dass, wenn man auf die Verjährung im

Strafrecht spielen will, es natürlich seinen Sinn hat, aber es ist nicht im Sinne des Erfinders. Ich würde im Sinne der Sonderautonomien auch soweit gehen, dass beim Verfassungsgerichtshof ein Vertreter der Sonderautonomien und ein Vertreter von einem Territorium, wo Minderheiten leben, vertreten sein müssen. Ich glaube, dass das ein sehr moderner Ansatz ist, den wir vor allem auch vom angelsächsischen Rechtsraum her kennen.

Zurückkommend zu einem der Grundprinzipien, glaube ich, dass heute im Minderheitenrecht allgemein als Grundsatz affirmiert ist, dass auch Minderheiten das Recht haben, in der eigenen Sprache Gerichtsverfahren abzuhandeln. Das ist ein internationaler Standard, an dem nicht gerüttelt wird. Dieser internationale Standard ist auch weit höher angesiedelt als die meisten anderen Überlegungen, die wahrscheinlich dagegen sprechen können. Darum sollten wir auf alle Fälle darauf bestehen, dass in Richtung Weiterentwicklung der Justiz und auch des Sprachgebrauchs in der Kassation gearbeitet und ein Vertretungsrecht im Verfassungsgerichtshof gewährleistet wird. Dass das außer Frage steht, ist klar. Die Idee, die mir so gut gefällt, von dem, was Andi Widmann - Thomas Widmann wurde heute verschiedentlich zitiert - gesagt hat, ist, dass es wahrscheinlich auch im europäischen Sinne die Möglichkeit geben soll, Europa anders zu denken. Südtirol als Scharnierregion zwischen dem italienischen und deutschen Sprachraum bietet eine Chance, die uns kein anderes Gebiet gibt. Wir haben perfekt zweisprachige Richter im Wirtschafts- und Zivilrecht. Wir haben schon vom Unternehmensrecht gesprochen, was eine große Errungenschaft im Strafrecht darstellt. Warum sollte hier nicht eine territoriale Kompetenz für alle deutschsprachigen Unternehmen vorgesehen werden, welche ein Recht darauf haben sollen, Gerichtsverhandlungen in der deutschen Sprache abzuhalten - also "celebrare" in dem Sinn -, auch auf Südtirol zu konzentrieren? Das würde wahrscheinlich Arbeitskräfte schaffen, die hier angesiedelt werden, das würde aber auch diesen Wirtschaftsstandort Südtirol extrem potenzieren, dass sich ganz viele Unternehmen hier ansiedeln und Steuern zahlen würden. Sie würden uns wahrscheinlich auch finanzkräftig machen. Es wäre vielleicht eine Idee. Ich weiß, wir sprengen hier Muster, wir sprengen hier auch das, was die traditionelle italienische Gerichtsordnung - "Ordinamento giudiziario" - ist, die wir an den Universitäten gelernt haben. Aber es wäre wahrscheinlich eine Lösung im europäischen Sinne. Wenn wir von Entwicklung, von Progressivität der Autonomie sprechen, wäre das vielleicht ein total cooler Ansatz, dass auch Schweizer Unternehmer deutscher Sprache, österreichische Unternehmer deutscher Sprache, belgische Unternehmer deutscher Sprache, deutsche Unternehmer natürlich deutscher Sprache, die ein Verfahren in der eigenen Muttersprache abführen oder machen wollen, diese Chance hier haben, gleich, ob sich ihr Firmensitz in Mailand oder in Rom befindet. Sie würden diesem Wirtschaftsstandort Südtirol oder diesem Gerichtsstandort

Südtirol eine ganz neue Dimension geben, wie Andi Widmann schon sagte, der eigentlich schon eine bestimmte Tradition hat, die aus dem späten Mittelalter herkommt, wo man wahrscheinlich auch diese Scharnierregion aufgrund der damaligen sprachlichen Situation vielmehr in den Merkantilgerichten gekannt hat. Darum würde ich hier ganz intensiv an die Bresche schlagen: Denken wir zusammen alle nach, ob wir vielleicht nicht wirklich etwas Großes, etwas Neues, etwas, was im Autonomiestatut und in der italienischen Rechtsordnung noch nicht vorgesehen ist, hier andenken und zumindest als Stimulus weitertragen könnten. Danke schön!

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Das, was jetzt Christoph Perathoner aufgeworfen hat, ist auch für den italienischen Staat eine zusätzliche Chance, Firmen anzuziehen. Gerade weil Südtirol in dieser Sonderrolle der Zwei- bzw. Dreisprachigkeit ist, könnte das für uns, aber auch für Italien einen entsprechenden Mehrwert mitbringen.

Wolfgang Niederhofer, bitte.

NIEDERHOFER Wolfgang: Ich möchte nur auf das Argument eingehen, dass kleine Verwaltungsbereiche per se einen höheren Korruptionsgrad aufweisen würden - das wurde unterstellt -, weil sich die Leute natürlich besser kennen. Aber wenn man die Statistiken von Transparency International ansieht, dann wird dort zum Teil genau das Gegenteil belegt, dass kleine Verwaltungseinheiten wie beispielsweise Island mit 300.000 Einwohnern, aber auch Länder wie Slowenien mit 2 Millionen Einwohnern im Ranking von Transparency International sehr gut abschneiden. Das darf kein Todschlagargument gegen eine eigenständige Gerichtsbarkeit in Südtirol sein. In diesem Sinne und auch im Sinne einiger meiner sehr engagierten Vorredner möchte ich hier ein Plädoyer für ein eigenständiges Südtiroler Gerichtswesen bis zur letzten Instanz hier in Südtirol halten.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Dann kommen wir zum Vorschlag der Arbeitsgruppe 1: Alle nicht mehr für institutionelle Zwecke gebrauchten Militärangebäude sollen kostenlos ans Land übertragen werden.

Luis Durnwalder, bitte.

DURNWALDER Luis: ... (nicht registriert) der Straße nicht übertragen haben. Sie haben sie vergessen und haben gesagt: "Die sind noch nicht übertragen usw." Man könnte sagen: "Alle Güter, die der

Staat nicht mehr für institutionelle Zwecke braucht, sollen ans Land übergehen." Ich bin auch der Meinung, dass, wenn morgen zum Beispiel der Kerker gebaut wird und der alte Kerker übrig ist, dieser dann dem Land übergeben werden soll.

DEJACO Patrick: Ich möchte nur kurz daran erinnern, dass in Aosta alle Militärareale kostenlos übergegangen sind.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Der nächste Vorschlag der Arbeitsgruppe 1 lautet: Die italienische Bezeichnung für Südtirol soll nicht mehr "Alto Adige", sondern "Sudtirolo" sein.

Roberto Toniatti.

TONIATTI Roberto: Noi dovremmo prevedere delle norme finali e transitorie e forse quest'ultima disposizione andrebbe messa in una norma finale e transitoria anziché nello Statuto. Avrebbe la stessa efficacia normativa ma dal punto di vista estetico disciplina una materia che non è così importante come le competenze.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Beim nächsten Punkt ist es sicher sinnvoll, darüber zu reden, sobald das Thema "Region" behandelt wird. Bitte, Geier Verena.

GEIER Verena: Dürfte ich noch ganz kurz etwas zum letzten Punkt sagen, weil letztes Mal das Thema "Toponomastik" auch nicht wirklich ausführlich besprochen wurde. Ich mache es ganz kurz. Also die faschistischen pseudoitalienischen geographischen Namen müssen abgeschafft werden und die Zweisprachigkeit bei der Ortsnamengebung sollte es nur dort geben, wo sie wirklich auch historisch fundiert ist. Das möchte ich noch hinzufügen.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Da die Zeit jetzt sehr fortgeschritten ist, ist es nicht mehr sinnvoll, mit dem Thema "Europa" zu beginnen. Der Vorschlag ist, dass wir - ich glaube, dass die nächste Sitzung in 14 Tagen stattfindet - die drei Expertinnen und Experten bitten, bis dahin das Thema "Europa und Europaregion Tirol" zu präsentieren. Es wird noch genügend Zeit sein, das Thema "Minderheitenschutz" zu behandeln. Das wird dann das nächste sein, das wir dann im Plenum besprechen. Das ist auch wieder Teil dessen, was wir mit den Vertretern von Trient besprochen haben.

Wolfgang Niederhofer, bitte.

NIEDERHOFER Wolfgang: Ich hätte eine Frage an unsere Verfassungsexperten und ich bringe sie, weil wir das Thema "Institutionelles" behandelt haben, obwohl ich als Nicht-Jurist natürlich nicht genau weiß, ob das ins Thema "Institutionelles" reinpasst. Bitte korrigieren Sie mich, wenn ich irgendetwas im juristischen Sinne nicht ganz korrekt formuliere. Aber in einem Einheitsstaat wie es Italien ist, leiten sich sämtliche Institutionen der Südtiroler Autonomie vom Souveränitätsgedanken von der zentralstaatlichen Souveränität ab. Wäre es denkbar, eben so im bundesrepublikanischen Sinne hier einen Vorschlag zu formulieren, dass die Institutionen der Südtiroler Autonomie in ihrer Souveränität auch originären Charakter bekommen, also per se, nicht nur ein Anhängsel, oder ihre Legitimation nicht nur vom Zentralstaatlichen her ableiten können, eben dass man hier in Richtung Bundesstaatlichkeit gehen könnte?

DELLO SBARBA Riccardo: In questo ambito esistevano, io l'ho posto più volte, altri due punti e volevo sapere dove sono finiti, perché non li ho trovati in questo schema. Il primo punto era la questione che riguarda le norme di attuazione e la trasparenza nel lavoro della Commissione dei sei e la partecipazione del Consiglio delle Province autonome di Bolzano e Trento nella formazione delle norme di attuazione. La mia proposta era quella di riprendere l'art. 48-bis dello Statuto della val d'Aosta che dice che le norme di attuazione sono elaborate da una commissione paritetica e sono sottoposte al parere del Consiglio regionale della val d'Aosta, quindi prevedere il parere dei Consigli provinciali prima che siano licenziate le norme di attuazione dalla Commissione dei sei. Questo era un primo punto.

Ho scoperto che anche lo Statuto della Regione autonoma Sardegna ha questa previsione e che anche il regolamento interno del Consiglio provinciale di Trento prevede un passaggio in Consiglio provinciale almeno a titolo informativo sulle norme di attuazione in elaborazione. Volevo che fosse considerato, perché non l'ho più vista.

Poi c'era un altro punto su cui si era ragionato che riguarda la prevenzione dei conflitti Stato-Provincia. Mi sembra che nel nostro gruppo di lavoro, Esther, erano state fatte diverse ipotesi, proposte di procedura conciliativa che tra l'altro potevano anche essere contemporanee, per esempio la definizione più precisa possibile delle norme statutarie che riguardano le competenze non esclude possibilità di procedure conciliative nel caso di conflitti ma anche su questo secondo punto chiederei che fosse incluso in questo pacchetto di tematica e ci fosse una decisione, poi se positiva o negativa va bene.

POLONIOLI Laura: Questi erano punti che dovevamo trattare la scorsa volta e poi abbiamo deciso di posticipare. Alla fine in questa seduta ci siamo dedicati al cartello delle competenze, quindi qui si pone l'alternativa. O la prossima volta dedichiamo del tempo per discutere questi punti in modo che voi abbiate materiale per il documento, oppure i giuristi si prendono tutto il materiale che comunque i singoli hanno inviato, anch'io avevo trasmesso analoga proposta sia sulle norme di attuazione, sia sulla procedura di conciliazione, voi potreste raccogliere i documenti e i protocolli dei gruppi di lavoro e da lì far emergere le posizioni. Oppure la prossima volta, come diceva anche il prof. Toniatti, dedichiamo una prima parte a questi temi.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Martin Feichter, bitte.

FEICHTER Martin: Ich möchte die vorhergehende Position von Verena Geier zu den Ortsnamen unterstützen. Weil das im Durnwalder-Fitto-Abkommen hineingeschrieben ist, möchte ich noch anmerken, dass ich kein großer Freund davon bin, weil da drinnen steht, dass der Gebrauch ausschlaggebend ist. Mir ist nicht ganz klar, wer den Gebrauch bestimmt, ob dann so ein Orts-, Flur- oder Straßennahme in Gebrauch ist. Somit würden dann die faschistischen geographischen Namen ohne wissenschaftlichen Diskurs eigentlich legitimiert. Deshalb wäre es für mich auch wichtig, dass die fundierten historischen Ortsnamen amtlich gemacht werden, und das sind ja nicht nur rein deutsche und ladinische, sondern zu denen gehören ja auch um die 200 italienischen Ortsnamen dazu.

Noch eine Frage! Wir haben irgendwo mehrheitlich beschlossen, dass eine Präambel zum Autonomiestatut hinzugefügt wird. Wann kommt das zur Behandlung?

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Das können wir heute noch nicht genau sagen, aber das werden wir nicht vergessen.

FEICHTER Martin: In Ordnung, danke!

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Dann bedanke ich mich ...

Laura Polonioli, bitte.

POLONIOLI Laura: Dipende anche da voi...

● ● ● ● ● ● ● ●

TONIATTI Roberto: Anche questa è una materia su cui non penso che questa Convenzione voglia che i tecnici usurpino il ruolo dei politici e che scrivano una norma per il gusto di scriverla. Mi sembra giusto che i tecnici scrivano la norma che la Convenzione vuole che sia scritta, e su questo penso sia molto utile avere una discussione. Fra l'altro anticipo che nel nostro documento sull'Europa abbiamo introdotto una innovazione che è la seguente. Oggi lo Statuto fa un rinvio generico alle norme di attuazione finalizzate all'attuazione dello Statuto. Oggi abbiamo invece previsto uno strumento diverso che chiamerei riserva di norma di attuazione che corrisponde a quello che nelle costituzioni si chiama "riserva di legge" e in altri contesti si chiama "riserva di regolamento", cioè si stabilisce che la disciplina di quella materia è riservata a una determinata fonte del diritto. Dico questo perché un'impostazione di questo tipo consente di prevedere una valorizzazione del metodo negoziale senza pretendere di inserire tutto nello Statuto. Una buona Costituzione, un buon Statuto hanno norme essenziali. Non possiamo trasformare lo Statuto in una norma corrispondente a un regolamento, si potrebbe dire regolamento di condominio, con una disciplina molto dettagliata, per cui forse varrebbe la pena avere delle norme di principio molto significative, salvo rinviare poi alle norme di attuazione per una loro disciplina privilegiata, anche perché questo consente di introdurre una disciplina derogatoria rispetto a quella che vale per il resto dell'ordinamento italiano e fa affidamento sulla capacità negoziale. Questo certamente non manca a questa autonomia speciale.

Se noi pensiamo di valorizzare lo strumento delle norme di attuazione come fonti riservate, dobbiamo avere le idee molto chiare su come vogliamo disciplinare la procedura delle norme di attuazione. Allora voi capite che prevedere un ruolo del Consiglio o affidarsi solo alla capacità negoziale del Consiglio provinciale non è una differenza di poco conto. Noi dobbiamo quindi valorizzare le norme di attuazione, ma dobbiamo sapere se alla valorizzazione delle norme di attuazione corrisponde una procedura piuttosto che un'altra e questo per tutto un problema di trasparenza, di responsabilità e credo sia la Convenzione che si debba esprimere. Poi i tecnici fedelmente eseguiranno il mandato che viene dall'assemblea.

POLONIOLI Laura: Condivido quanto Lei sta dicendo adesso per cui è importante che la prossima volta affrontiamo anche questo tema all'inizio della seduta. Dovremmo riuscire nella prima parte a definire questo tema oltre al rapporto conflitto Stato-Provincia e poi il documento sull'Europa.

DELLO SBARBA Riccardo: Sì, io direi di far questo. Basta una mezz'ora di discussione su questi due punti, e poi la questione dell'Europa. Direi che la tutela delle minoranze ecc. che è grossissimo, si debba spostare alla successiva.

TSCHURTSCHENTHALER Christian (Präsident): Wir können es ja in die Tagesordnung hineingeben und dann gegebenenfalls, wenn wir es wirklich nicht mehr schaffen, auf jeden Fall in der übernächsten Sitzung ausführlicher behandeln.

Danke, ich wünsche einen schönen Abend und ein schönes Wochenende!

ORE 21.00 UHR

**Es haben gesprochen:
Sono intervenuti:**

AMHOF Magdalena (20)
BIZZO Roberto (37, 39)
CORRARATI Claudio (12)
DEJACO Patrick (10, 15, 25, 28, 31, 34, 36, 38, 44)
DELLO SBARBA Riccardo (6, 11, 13, 14, 29, 34, 45, 48)
DURNWALDER Luis (2, 3, 4, 8, 9, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 23, 24, 31, 33, 34, 35, 36, 37, 40, 43)
ECCLI Walter (27)
FEICHTER Martin (21, 46)
GEIER Verena (44)
GUFLER Stefan (8, 27)
HAPPACHER Esther (11, 17, 22, 32)
HOCHGRUBER KUENZER Maria (11, 27, 32)
NIEDERHOFER Wolfgang (4, 10, 19, 21, 24, 25, 30, 31, 35, 37, 43, 45)
PERATHONER Christoph (14, 41)
PLONER Edith (1, 14)
POLONIOLI Laura (5, 14, 25, 34, 38, 40, 46, 47)
ROTTENSTEINER Ewald (4, 10, 18)
ROTTENSTEINER Heinold (9, 12, 33)
SENESI Laura (22)
TONIATTI Roberto (5, 7, 9, 13, 22, 28, 32, 36, 44, 47)
TSCHURTSCHENTHALER Christian (1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 43, 44, 46, 48)
VON GUGGENBERG Renate (7, 15)
WIDMANN Andreas (7, 9, 10, 11, 16, 17, 23, 26, 28, 29, 31, 36, 38, 39, 40)